Nummer 42 Hannover, 15. Oktober 1927 36. Jahrgang

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends.

Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die 3gespalt. Petitzeile.

Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postscheckkonto: Nr. 358 15 Postscheckamt Hannover.

Verlag von A. Brey. Druck von E. A. H. Meister & Ko., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Gustav Riemann, Hannover. Redaktionsschluß: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistr. 7, II. — Fernsprech-Anschluß Nord 9985—9994

Fernsprech-Nummer des Hauptvorstandes

geändert!

Jetzt

Hannover Nord 9985—9994

Löhne und Preise.

In der kapitalistischen Gesellschaft kann das Verhältnis zwischen Preise und Löhne niemals zur Ruhe kommen. Zwischen beiden besteht ein ständiger Kriegszustand. Die Regelung des Verhältnisses zwischen Preis und Lohn ist das Kernstück der sozialen Frage, steht im Mittelpunkt des Ringens zwischen Kapital und Arbeit um den Anteil am Arbeitsertrage. Der Verlauf dieses Kampfes zwischen Kapital und Arbeit ist in der Regel folgender: Ist es der organisierten Macht der Arbeit gelungen, durch Lohnerhöhungen eine gewisse Steigerung ihres Anteils am Arbeitsertrage zu erreichen; so versucht das Kapital der Arbeiterklasse die erreichten Vorteile „auf kaltem Wege" durch Erhöhung der Preise wieder abzujagen. Die Erhöhung der Preise ist die Rache des Kapitals an der Arbeit für die Erhöhung der Löhne und Gehälter.

Die Welle der Preiserhöhungen, die in den letzten Wochen und Monaten Teile des Realeinkommens der Arbeiterschaft wegschwemmte, ist ein Schulbeispiel dafür, wie das heutige Wirtschaftssystem auf alle Versuche der Arbeiterklasse, ihre Lage zu verbessern, antwortet. Begünstigt von einer aufsteigenden Konjunktur, gelang es den Gewerkschaften, eine nicht unbeträchtliche Lohnsteigerung durchzusetzen. Die organisierte Macht der Gewerkschaften konnte das Realeinkommen der Arbeiterschaft verbessern. Aber auch das Kapital nahm seine Chance wahr. Die Steigerung der Massenkaufkraft durch die Lohnsteigerungen, die Wiedereinfügung von etwa 2 Millionen Arbeitskräften in den Produktionsprozeß steigerte die Nachfrage nach Verbrauchswaren. Die gewerkschaftlichen Lohnsteigerungen waren die Antriebskräfte, welche der Hochkonjunktur in der Textilindustrie usw. die Schwungkraft gaben. Dazu kam der große Luxusbedarf der Kapitalistenkreise, der erfolgreichen Börsenspekulanten, Generaldirektoren, Geschäftsinhaber usw., die alle mit der aufsteigenden Konjunktur gut verdienten, die alle mehr verdienen, wenn das Einkommen der Arbeiterschaft sich bessert. Die Luxusbäder und die Automobilhändler hatten eine gute Zeit. Aber auch andere Ursachen hielten die Konjunktur in Gang. Als Folge der fortschreitenden Rationalisierung trat auf dem Markte der Produktionsmittel eine starke Nachfrage nach Maschinen usw. ein. Die mit großen öffentlichen Mitteln durchgeführte Steigerung des Wohnungsbaues zur Bekämpfung der Wohnungsnot rief in den Baustoffindustrien weitgehende Preiserhöhungen hervor. Bei der engen Kartellierung und Vertrustung innerhalb der deutschen Industrie, insbesondere in den Produktionsmittel-Industrien, ist es diesen Kreisen ein leichtes, die Preise zu erhöhen. Hierzu bedarf es nur einer kurzen Zusammenkunft in den Konferenzzimmern der Wirtschaftsverbände oder gar nur eines Telephongespräches. Die Abnehmer stehen den Preiserhöhungen machtlos gegenüber. Heute sind ja die Truste, Syndikate und Kartelle dank der Schutzzollgesetzgebung des Bürgerblocks allmächtig in der Preisgestaltung. Der profitstrebende deutsche Großkapitalist, der dem ausländischen Kapitalisten in Geist Besinnung, Lebensziel und als Klassengenosse weit näher steht als seinem arbeitenden Volksgenossen, hat für volkswirtschaftlich sehr wichtige Waren durch internationale Vereinbarung, Kartellgründungen usw. die ausländische Konkurrenzgefahr überhaupt gebannt. Der politische Einfluß der Kapitalistenklasse auf die bürgerlichen Parteien hat sein Übriges getan, um durch Zollerhöhung und Steigerung der Wohnungsmieten das Realeinkommen der deutschen Arbeiterschaft zu vermindern.

Aber wo bleibt der verbilligende Einfluß der Rationalisierung auf die Preisgestaltung? So wird derjenige fragen, der an die zahllosen Reden, Zeitungsartikel und Bücher über die sozialen und volkswirtschaftlichen „Segnungen der Rationalisierung" denkt, mit denen man die Opfer der Rationalisierung tröstete. „*Noch warten wir auf die Früchte der Rationalisierung in Gestalt einer Preissenkung*", stellte der Oberbürgermeister Dr. Landmann von Frankfurt a. M. fest, als er die Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie begrüßte. Die breiten Massen des deutschen Volkes warten immer noch auf volkswirtschaftlichen Nutzen der Rationalisierung. Aller Wahrscheinlichkeit nach warten sie vergebens. Den Segen der Rationalisierung führen sie in ihre eigenen Scheuern, die Herren von der Hochfinanz, von der Schwer- und Fertigindustrie. Die hohen Dividenden der Aktiengesellschaften, die Riesengehälter der Generaldirektoren und leitenden Angestellten. Hingegen soll sich die Arbeiterschaft mit einer Verminderung ihres Realeinkommens abfinden:

„Stellt man die Entwicklung der Nominallöhne und der Beschäftigung der Bewegung der Großhandelspreise für Verbrauchsgüter gegenüber, *so ergeben sich auf Grund der Erfahrungstatsachen, daß die Einzelhandelspreise der Bewegung der Großhandelspreise in einigen Monaten folgen, gewisse Anhaltspunkte für die Beurteilung der künftigen Gestaltung des Realeinkommens.*"

So das Institut für Konjunkturforschung in seinem letzten Heft. Damit wird gesagt, *daß infolge der Steigerung der Großhandelspreise eine weitere Steigerung der Kleinhandelspreise, mithin eine Verringerung des Realeinkommens der Arbeiterschaft, zu erwarten ist.* Diese Prognose, welche die wissenschaftliche Konjunkturbeobachtung für die zukünftige Entwicklung des Realeinkommens der Arbeiterschaft stellt, lautet in die Sprache des Volkes übersetzt: „Schnallt eure Riemen fester, denn das Stück Brot, das ihr erhaltet, wird kleiner."

Vorbedingung jeder Kultur!

. . . Es ist nicht alles, wenn man warm wohnt und sich satt essen kann, aber man muß zuerst warm wohnen und satt sein, damit sich die bessere Natur regen soll. Friedrich Schiller.

„Das Stück Brot wird kleiner" ist keine phrasenhafte Redefloskel. Es ist leider bittere Wahrheit. Ein so kapitalistisches Blatt, wie das „Berliner Tageblatt" vom 30. August 1927 es ist, muß feststellen, daß der Brotpreis in Berlin innerhalb eines Jahres um 25 Prozent gestiegen ist.

„Der Preis für ein Kilogramm Brot in Berlin ist von September 1926 bis 1927 von 0,38 auf 0,47 Mark gestiegen, also um nichts weniger als 25 Prozent. Zu 70 Prozent ausgemahlenes Weizenmehl kostete im August 1926 0,52 Mark, Weizenmehl etwa zu 60 Prozent ausgemahlen im August 1926 0,58 Mark. Eßkartoffeln im August 1926 0,10, im August 1927 0,12 Mark ab Laden, eine Preissteigerung von gerade 20 Prozent. Der Preis für ein Liter Milch ist von Juni bis September d. J. von 27 auf 34 Pf. gestiegen. Parallel geht die Preisentwicklung bei Eier und Butter. Butter kostete im Juni 3,20 bis 4,00 Mark, im September 3,40 bis 4,60 Mark. (In Hannover gegenwärtig bereits 4,90 Mark. D. Sch.) Ein Ei 9 bis 15 Pf. im Juni, 12 bis 17 Pf. im September. Ganz das gleiche bei Gemüse. Ein Pfund Spinat wurde im Juni d. J. mit 10 bis 15 Pf. bezahlt, im September mit 30 bis 35 Pf. Die Fleischpreise schließen sich dieser Bewegung an, so kostete das Kilogramm Schweinefleisch im Juni 1,70 bis 2,60, jetzt im September 2,00 bis 3,00 Mark. Es ergibt sich also für den hier zugrundegelegten Zeitraum eine Preissteigerung für Brot um 25 Prozent, für Kartoffeln um 20 Prozent, für Eier, Butter und Milch durchschnittlich 25 Prozent.

Besonders kraß tritt die Preissteigerung in den Großhandelspreisen für industrielle Fertigwaren zutage:

	Agrarstoffe	Rohstoffe und Halbwar.	Industrielle Fertigwaren Produkt.-Mittel	Konsumgüter	Zusammen	Gesamtindex
Januar 1927 . .	140,3	128,8	129,3	150,9	141,6	135,9
April 1927 . . .	135,2	129,9	129,0	153,6	143,0	134,8
Juli 1927 . . .	137,5	132,2	130,0	160,0	147,1	137,6
August 1927 . .	138,6	133,0	130,3	162,0	148,3	137,9
21. Septbr. 1927	139,0	133,6	130,7	166,5	151,1	139,6
28. Septbr. 1927	139,1	134,1	130,7	167,1	151,4	139,9

Die industriellen Fertigwaren der Gruppe „Konsumgüter" haben eine Erhöhung von nicht weniger als 11 Prozent innerhalb der letzten 9 Monate erfahren. Wo bleibt da der Segen der Rationalisierung? Aller Voraussicht nach wird die Preissteigerung anhalten. Die Erhöhung des Reichsbankdiskonts von 6 auf 7 Prozent deutet auf eine allgemeine Verteuerung des Kapitalkredits und damit auch der Produktionskosten hin.

Die Reichsindexziffer zeigt zwar eine geringere Steigerung. Es ist aber zu beachten, daß sie als Maßstab für die Lebenshaltung der breiten Massen mit geringem Einkommen nicht den Wert besitzt, den man ihr zuschreibt. Bei niedrigem Einkommen wird ein viel größerer Teil von den Kosten für Ernährung und Wohnung in Anspruch genommen als bei höherem. Daraus ergibt sich, daß die Steigerung der Nahrungsmittelpreise und der Wohnungskosten die minderbemittelten Schichten verhältnismäßig weit härter treffen, als es in den Reichsindexziffern als Maßstab der Teuerung zum Ausdruck kommt.

Die Beamtengehälter sollten in der nächsten Zeit erhöht werden, nach den amtlichen Verlautbarungen um 33 bis 18 Prozent. Wir gönnen ihnen diese Erhöhung, namentlich den unteren Beamtenschichten. Die lautesten Klagen über die niedrigen Gehälter ertönen aber aus den Kreisen der höheren Beamten. So hat der thüringische Richterverein die Notwendigkeit einer Gehaltserhöhung damit begründet, daß die niedrigen Gehälter zu einer bewußten Kleinhaltung der Familie führen. Andere Beamtengruppen haben die Gehaltserhöhung mit der wachsenden Verschuldung der Beamten begründet und reichliches Material dabei beigebracht. Wir gönnen den Beamten die Gehaltserhöhung. Aber was den Beamten recht ist, ist der Arbeiterschaft billig; denn sie leidet noch mehr unter den steigenden Preisen als die Beamten.

Die Preiserhöhungen der letzten Monate haben das Verhältnis zwischen Preise und Löhne sehr zuungunsten der Arbeiterschaft verschoben. Die Arbeiterschaft sieht sich wieder vor die dringende Notwendigkeit gestellt, eine Erhöhung ihres Reallohnes herbeizuführen. Die Unternehmer sehen das Unvermeidliche nahen. Sie rüsten, sammeln riesige Streikfonds an und bilden nationale und internationale Gefahrengemeinschaften, um den Forderungen der Arbeiterschaft zu begegnen. Die Unternehmer spielen ein sehr gefährliches Spiel, wenn sie glauben, mit Hilfe ihrer wirtschaftlichen und der ihnen zur Verfügung stehenden politischen Macht des Staates der Arbeiterschaft jede Möglichkeit zu nehmen, ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern. Eine solche Einstellung fördert nicht den sozialen Frieden, wohl aber kann sie zu Ausbrüchen sozialer Verzweiflung führen.

G. R.

Rationalisierung und Gewerkschaften in Deutschland.

Von Th. Leipart,
Vorsitzendem des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Die Rationalisierung ist nichts Neues, soweit sie Ersparnisse an Arbeit, Zeit oder Kapital innerhalb des *einzelnen* Betriebes bezweckt. In dieser Form ist sie so alt wie die Geschichte der menschlichen Arbeit überhaupt. Neuartig ist dagegen, daß die Rationalisierung vom Einzelbetrieb auf die *gesamte* Volkswirtschaft überzugreifen beginnt und daß sie in steigendem Maße als Angelegenheit der *Volksgemeinschaft* angesehen wird. Die Amerikaner prägten dafür das Wort „service" und das deutsche „Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit", in dem jetzt endlich auch die Gewerkschaften vertreten sind, bezeichnete als *Ziel* der Rationalisierung die „*Steigerung des Volkswohlstandes* durch Verbilligung, Vermehrung und Verbesserung der Güter". Freilich ist die übergroße Mehrzahl der Unternehmer derart fortschrittlichen Ansichten noch durchaus unzugänglich.

Die Fortschritte der Rationalisierung sind teilweise so erstaunlich groß, daß die Produktion keine Schwierigkeiten mehr macht. Es kann beliebig viel produziert werden. Damit entsteht für die deutsche Wirtschaft eine neue Frage: Wie kann diese ungeheure Menge an Gütern untergebracht werden? Das Produktionsproblem ist also zu einem *Absatzproblem geworden*, d. h. die Arbeiterschaft kann Waren über Waren herstellen, aber sie ist nicht in der Lage, das Werk ihrer Hände auch zu verbrauchen. Auf der einen Seite also eine Wirtschaft, die im eigenen Fett zu ersticken droht, auf der anderen Seite Millionen von Verbrauchern, die den Warenüberfluß nicht aufnehmen können, weil ihnen die Kaufkraft mangelt. Rationalisierung und Steigerung der Kaufkraft, Produktion und Absatz, sind also aufs engste miteinander verbunden.

Auf diesen Zusammenhang haben die deutschen Gewerkschaften schon jahrelang hingewiesen. Die Not ihres unverwendbaren Überflusses wird auch die Unternehmer allmählich zwingen, ihn anzuerkennen. Die Kaufkraft muß und wird gesteigert werden; durch Preissenkungen, wenn die Unternehmer sich wirtschaftlichen Erwägungen zugänglich zeigen, durch Lohnerhöhungen, solange sie in ihrem Unverstand beharren. Die Früchte der Rationalisierung können eben auf die Dauer nicht dem einzelnen zugute kommen. Die Rationalisierung muß letzten Endes zu einer Wohlstandssteigerung des *gesamten Volkes* führen.

Die deutschen Gewerkschaften haben sich deshalb gegen die Rationalisierung niemals gesträubt. Die kurzsichtige Empörung der alten „Maschinenstürmer" liegt ihnen fern. Im Gegenteil: Gerade wir haben die Rationalisierung schon zu einer Zeit gefordert, als die meisten Unternehmer noch zaghaft schwankten. Denn wir wissen, wie ich eben auseinandersetzte, daß sie eines Tages auch den Arbeitnehmern ein besseres Leben verschaffen wird. Freilich verhehlen wir uns nicht, daß im *ersten Stadium* gerade die Arbeitnehmer die Leidtragenden sind. Denn jede Rationalisierung verringert die Zahl der Arbeitskräfte so lange, bis der vergrößerte Absatz

an der gleichen oder an anderer Stelle die Einstellung neuer Arbeitskräfte ermöglicht. Das ist ein Vorgang, der unvermeidlich ist. Notwendig ist es aber, die Arbeitslosen so lange zu unterstützen, bis sie wieder in den Arbeitsprozeß aufgenommen werden können. Eine gute Arbeitslosenversicherung ist also eine unabweisliche Ergänzung des Rationalisierungsvorganges. Den Bemühungen der deutschen Gewerkschaften ist es endlich gelungen, daß am 1. Oktober dieses Jahres die vom Reichstag beschlossene Arbeitslosenversicherung in Kraft tritt. Freilich ist sie noch mit manchen Fehlern behaftet, aber wir können trotzdem mit Befriedigung sagen, daß im Prinzip unsere Forderung verwirklicht worden ist.

Die Rationalisierung hat die Ergiebigkeit der Arbeit gewaltig vermehrt. Es drängt sich daher die Frage auf: Genügt nicht eine geringere Arbeitszeit, um alle Bedürfnisse der Menschheit vollauf zu befriedigen? Der amerikanische Gewerkschaftsbund hat auf seinem letzten Kongreß bereits die 44-Stunden-Woche gefordert. Auch wir werden uns mit dieser Frage beschäftigen müssen. Der Weg zur Arbeitsstätte wird mit der Ausdehnung der Städte immer länger, die Zeit der „Arbeitsbereitschaft" also größer.

Die Verkürzung der Arbeitszeit wäre auch die beste Lösung für das „Monotonieproblem". Ich glaube nicht, daß die Rationalisierung im allgemeinen die Menschen mehr zum „Sklaven der Maschine" gemacht hat, als dies vor 20 und 30 Jahren der Fall war. Trotzdem liegt uns dieses Problem am Herzen. Allerdings wollen wir nicht, daß die „Seele des Arbeiters" im Betriebe gepflegt wird, wie es die Freunde der „Werksgemeinschaft" wünschen, sondern in der freien Zeit nach der Arbeit. Daher bedeutet eine Verkürzung der Arbeitszeit eine vergrößerte Möglichkeit zur Entfaltung der geistigen Kräfte, die in der Arbeiterschaft schlummern. Je länger die Freizeit wird, um so erfolgreicher können die Bildungsbestrebungen einsetzen, denen die deutschen Gewerkschaften sich neuerdings wieder mit erhöhtem Eifer widmen.

Die Arbeitslosenversicherung.

II.

Dauer der Unterstützung.

Der Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung ist in der Regel erschöpft, wenn die Unterstützung für insgesamt 26 Wochen gewährt ist. Sie darf dann erst wieder gewährt werden, wenn die Anwartschaftszeit von neuem erfüllt ist. Dabei macht es keinen Unterschied, ob die neue versicherungspflichtige Beschäftigung vor oder nach Erschöpfung des früheren Unterstützungsanspruchs ausgeübt worden ist.

Der Verwaltungsrat der Reichsanstalt kann die Höchstdauer der Unterstützung bei besonders ungünstigem Arbeitsmarkt über 26 Wochen hinaus bis auf 39 Wochen ausdehnen. Die Anordnung kann auf bestimmte Berufe oder Bezirke beschränkt werden.

Für die ausgesteuerten Arbeitslosen ist die Zulassung einer

Krisenunterstützung

vorgesehen, deren Aufwand zu vier Fünftel vom Reich, zu einem Fünftel von den Gemeinden zu tragen ist. Auch sie kann auf bestimmte Berufe oder Bezirke beschränkt werden.

Ebenso kann eine

Kurzarbeiterunterstützung

aus Mitteln der Reichsanstalt eingeführt werden. Die Kurzarbeiterunterstützung darf nicht höher sein als die Arbeitslosenunterstützung, die der Kurzarbeiter erhielte, wenn er arbeitslos wäre. Kurzarbeiterunterstützung und Arbeitsentgelt zusammen dürfen fünf Sechstel des vollen Arbeitsentgelts nicht übersteigen. Nach einer Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 28. September bleiben die bisherigen Bestimmungen über die Unterstützung von Kurzarbeitern in Kraft.

Was der Arbeitslose durch

Gelegenheitsarbeit

verdient, wird auf die Arbeitslosenunterstützung nicht angerechnet, soweit der Verdienst in einer Kalenderwoche 20 v. H. desjenigen Betrages nicht übersteigt, den der Arbeitslose bei voller Arbeitslosigkeit an Unterstützung einschließlich der Familienzuschläge für die Kalenderwoche beziehen würde. Der Mehrverdienst wird zu 50 v. H. angerechnet.

Erhaltung der Versicherungsanwartschaften.

Für die Invaliden-, Angestellten- und knappschaftliche Pensionsversicherung der Arbeitslosen sind aus Mitteln der Reichsanstalt während des Bezugs der Hauptunterstützung die Beiträge (Anerkennungsgebühren) zu entrichten, die zur Erhaltung der Anwartschaften notwendig sind. In Fällen besonderer Härte, insbesondere, wenn zur Erfüllung der Wartezeit nur noch eine geringe Zahl von Beiträgen erforderlich ist, ist das Arbeitsamt verpflichtet, auf Antrag die erforderlichen Beiträge zu leisten. In diesem Falle stehen die Zeiten der Arbeitslosigkeit den Zeiten eines versicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisses gleich.

Arbeiter, seid selbstbewußt!

... Das Proletariat, das sich nicht als Kanaille behandeln lassen will, hat seinen Mut, sein Selbstgefühl, seinen Stolz und seinen Unabhängigkeitssinn noch viel nötiger als sein Brot. Karl Marx.

Krankenversicherung der Arbeitslosen.

Der Arbeitslose ist während des Bezugs der Hauptunterstützung für den Fall der Krankheit versichert. Für die Krankenversicherung gelten im großen und ganzen die Vorschriften der Reichsversicherungsordnung über Pflichtversicherte, wobei an die Stelle der versicherungspflichtigen Beschäftigung der Bezug der Hauptunterstützung tritt. Nach ihm richten sich insbesondere Beginn und Ende der Mitgliedschaft. Soweit Ansprüche auf Leistungen der Krankenversicherung für Angehörige des Versicherten davon abhängen, daß dieser den Angehörigen von seinem Arbeitsverdienst unterhalten hat, steht die Arbeitslosenunterstützung dem Arbeitsverdienste gleich.

Scheidet ein Arbeitsloser aus der Krankenversicherung aus, weil er keine Hauptunterstützung mehr bezieht, so stehen ihm die Ansprüche aus § 214 der Reichsversicherungsordnung in derselben Weise zu, wie wenn er wegen Erwerbslosigkeit ausgeschieden wäre. Das heißt: Der Ausgeschiedene hat Anspruch auf die Regelleistungen der Krankenkasse, wenn der Erkrankungsfall innerhalb drei Wochen nach dem Ausscheiden eintritt.

Als Krankengeld wird nach den Bestimmungen der Arbeitslosenversicherung der Betrag gewährt, den der Arbeitslose als Arbeitslosenunterstützung erhielte, wenn er nicht erkrankt wäre.

Arbeitslose, die zur Fortsetzung oder Aufrechterhaltung einer Versicherung gegen Krankheit bei einer Krankenkasse berechtigt sind, können dort Mitglieder bleiben, was auch auf die Ersatzkassen zutrifft. Eine entsprechende Erklärung muß aber binnen einer Woche nach dem Antrag auf Arbeitslosenunterstützung abgegeben werden.

Übergangsbestimmungen.

Den am 1. Oktober 1927 Erwerbslosen- oder Krisenunterstützung beziehenden Arbeitslosen wird zunächst auf jeden Fall Arbeitslosenunterstützung fortgewährt. Ergibt eine Prüfung, daß die Fortgewährung der Unterstützung auch nach den neuen Bestimmungen gerechtfertigt ist, so können die Unterstützten beantragen, ihnen spätestens vom 1. Dezember 1927 an die Unterstützung nach den neuen Vorschriften zu gewähren, sofern diese höher als die bisherige ist.

Arbeitslose, die bisher die Erwerbslosenunterstützung bezogen haben, dürfen bei Prüfung der „Anwartschaftsfrage" nicht schlechter gestellt werden als nach den bisherigen Vorschriften; bei ihnen muß daher die Erfüllung einer dreizehnwöchigen Anwartschaftszeit genügen.

Arbeitslose, denen die Unterstützung berechtigterweise fortzugewähren ist, erhalten sie bis zum Ablauf von sechs Monaten nach Inkrafttreten des neuen Gesetzes in der Höhe und Dauer, wie sie sie erhalten würden, wenn die Vorschriften über Erwerbslosen- und Krisenfürsorge in Kraft geblieben wären. Von diesem Tage an bemessen sich Höhe und Dauer der Unterstützung nach den neuen Vorschriften.

Die Organisation.

Träger der gesamten Versicherung ist eine neu zu schaffende Reichsanstalt, der wiederum zur Durchführung als eigene Organe Landesarbeitsämter und Arbeitsämter zur Verfügung stehen. Für Streitfragen aus der Arbeitslosenversicherung sind Spruchausschüsse bei den Arbeitsämtern, Spruchkammern bei den Landesarbeitsämtern und ein Spruchsenat beim Reichsversicherungsamt vorgesehen. Sie sind paritätisch von Arbeitgebern und Arbeitnehmern besetzt.

Die Spruchbehörden in der Arbeitslosenversicherung dürften, da es sich in dem Gesetz über diese Versicherung um eine Erstlingsarbeit auf neuem Gebiet handelt, genug zu tun bekommen, um die mancherlei Unebenheiten und Unklarheiten der Bestimmungen, insbesondere über die Erfüllung und Neuerfüllung der „Anwartschaftszeit", zu beseitigen. Das wird die Anwendung des neuen Gesetzes in der Praxis des Lebens bald lehren.

Emil Bennewitz 25 Jahre Gauleiter.

Am 19. Oktober 1902 wählte eine Zahlstellenkonferenz des damaligen Gaues 8 (jetzt Gau 3, Mark Brandenburg und Berlin) den Kollegen Emil Bennewitz zum Gauleiter, welches Amt er am 1. November 1902 offiziell antrat. In der gleichen Versammlung wurde auch der Kollege Max Weiße (Berlin) in den Gauvorstand gewählt, welches Amt er ununterbrochen bis zum heutigen Tage bekleidet. Der Gau 3 freut sich, ein so seltenes Doppeljubiläum feiern zu können und gratuliert den beiden Kollegen auf das herzlichste.

Als vom Hauptvorstand besoldeter Gauleiter wurde Emil Bennewitz im Jahre 1904 angestellt. Was es heißt, 25 Jahre an schwieriger Stelle dem Verbande und der Arbeiterbewegung zu dienen, kann wohl der am besten würdigen, dem die Struktur des Gaues 3 bekannt ist. Harte Arbeit mußte geleistet werden, bis das Samenkorn der Organisation in den ländlichen Gefilden der Mark Brandenburg Wurzel schlug. Wenn heute der Gau 3 organisatorisch nicht zu den schlechtesten gehört, so kann diese Tatsache zum großen Teil als ein persönlicher Erfolg des Kollegen Bennewitz gebucht werden. Das mag für Emil heute die schönste Anerkennung sein.

Spurlos gingen die Jahre der Arbeit an Bennewitz nicht vorüber. Eine Zeitlang war sein Gesundheitszustand recht bedenklich, so daß, damit Bennewitz sich persönlich erholen

Das Hohelied des Buches.

Der Internationale Buchdruckerkongreß, der im Anschluß an den Internationalen Gewerkschaftskongreß in Paris stattfand, wurde von den Spitzen der Pariser Behörden begrüßt. Die Begrüßungsrede des Vertreters des Seine-Departements kann man füglich wohl „Das Hohelied des Buches" nennen. Es war ein Loblied auf den kulturellen Wert des Buches, auf den treuen Helfer des geistig strebenden Menschen. Wir zitieren aus der Rede nach dem „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker", der Verbandszeitung des Buchdruckerverbandes:

„... Dem Beruf, dessen Vertreter Sie sind, verdanke ich Stunden, die zu den schönsten meines Lebens gehören, der Lektüre geweihte Stunden, die leider infolge meiner Amtstätigkeit immer seltener werden. Wenn der Landmann und der Weber eines Tages zu mir träten, um zu sagen, wie zu Sully Prud'homme in seinem berühmten „Traum", daß ich von nun an mein Brot und meine Kleider selbst herstellen müsse, würde mich diese Zumutung sicher in etwelche Verlegenheit bringen, aber mein Leben doch nicht derart aus dem Geleise werfen, wie wenn mir meine Bibliothek entzogen und durch den Buchdrucker die geistige Kost vorenthalten würde. Die Bücher sind ja nicht nur Hilfsmittel zum Studium oder zur Zerstreuung, sie sind etwas Lebendiges, wirklich mit uns verwandte Seelen, in ihrer wunderbaren Dienstfertigkeit jederzeit bereit, uns Auskunft zu geben, uns zu leiten, uns aus Zeit und Ort hinauszuführen, uns die Gedanken, die am anderen Ende der Welt aufgetaucht sind, zuteilen und selbst die Stimmen der Toten wieder aufleben zu lassen. ... Wer lange Stunden einzig in der Gesellschaft seiner Bücher zugebracht hat, in dem erwacht schließlich eine Liebe zu ihnen, die sich ganz vergleichen läßt der Liebe, wie sie sonst nur lebendige Wesen in uns wecken. Sie sind Freunde, die einzigen Freunde, die uns die Zeit nicht entreißen kann, die einzigen auch, deren Treue in allen Lebenslagen standhält. Aber was sagt uns erst Montaigne, dieser große Leser, der den Buchhandel höher stellt als den Handel der Männer, ja sogar höher noch als — die Höflichkeit wird eben nicht in den Bibliotheken gelernt — den Handel mit Frauen! Er schreibt: „Das ist das beste Mittel, das ich in diesem Erdenleben gefunden habe. Die Bücher stehen mir überall bei, trösten mich im Alter und in der Einsamkeit, nehmen mir die Last des öden Müßiggangs ab und befreien mich zu jeder Zeit von Gesellschaft, die mich verstimmen könnte. Und doch vergehen Tage und Monate, ohne daß ich nach ihnen greife. Ich werde es sogleich tun, denke ich, oder dann doch morgen, oder wann es mir paßt. Und so vergeht die Zeit, und ich ruhe aus und fühle mich wohl im Bewußtsein, daß die Bücher mir zur Seite sind und mich erfreuen werden, sobald ich nur nach ihnen greife. ..." Wie tiefgründig ist dieser letzte Gedanke! Ja, es ist wahr, oft geht es lange, bis man wieder zu seinen Büchern greift, wenn man wider Willen in den Strudel des Alltags hineingerissen wird. Aber man weiß, daß sie da sind, und fast ohne es zu merken, schöpft man Erholung aus der Gesellschaft dieser stummen Gäste, die uns niemals die Laune verderben, wie es Ronsard einmal ausgedrückt hat, aus diesen Gefährten voll Weisheit, voll Dichtung oder Fröhlichkeit, bei denen man nie vergebens Hilfe sucht für eine Stunde des Träumens oder der Erbauung. ... Wenn wir Mühe haben, uns das Leben eines Menschen ohne Bücher vorzustellen, um wie viel unfaßbarer ist es erst unserm Geist, sich eine menschliche Gesellschaft vorzustellen, der plötzlich diese Möglichkeit der Vermittlung der Gedanken entzogen wäre! Im Streben des Menschen nach Fortschritt bedeutet das Buch eine Leuchte, die von einer Hand in die andere wandert als ein Erbe, das eine Generation der anderen weitergibt und ohne die der Geist ins gleiche Nichts versinken müßte wie dereinst unser Körper. Und so erinnern wir uns denn des bewundernswerten Wortes von Ludwig XII., der am 9. April 1513 in einer Erklärung betreffend die Buchhandlungen von Paris die Buchdruckerkunst bezeichnete als eine Erfindung, die eher göttlichen als menschlichen Ursprungs zu sein scheint ....."

Jeder Bücherfreund weiß, daß das Loblied des Redners nicht übertreibt, daß es kaum dem hohen bildenden Werke des Buches gerecht wird, daß es kaum eine menschliche Zunge gibt, die Worte fände, das Lob des Buches würdig auszudrücken.

Den vielen Bücherfreunden innerhalb der Arbeiterschaft muß dieses schöne Lob auf das Buch eine Mahnung sein, noch eifriger für die Verbreitung des guten Buches Sorge zu tragen, denn nur mit Hilfe des guten Buches kann der soziale und kulturelle Aufstieg der Arbeiterschaft erfolgen. G. R.

Unser Geschlecht.

Wir schuften schwer um ein paar arme Groschen,
der Chef im Auto steuert, jung und schlank.
Er trägt den Lackschuh, unsereins Galoschen,
er fährt ins Seebad, wir sind alt und krank.
Hier wird gehungert, da wird Skat gedroschen,
das Rechtsbewußtsein ruht im Aktenschrank.
Die Frau Geheimrat blitzt mit Ring und Broschen,
im Keller gibt's um ein paar Strümpfe Zank.
Filmlumpenfranzchen ziehen süße Goschen,
die Obdachlosen schlafen auf der Bank.
Die Gottesfurcht wird Kindern eingedroschen,
und wenn wir streiken, zieht man wohl auch blank.
Wenn ich mal sterbe, ist mein Stamm erloschen —
Na, Gott sei Dank!

Karl Schnog im „Wahren Jacob".

Gesang der Kulis im Hafen.

Nachdichtung aus dem Chinesischen von Kurt Kläber.

Heie Bruder! Tapf'rer Träger!
Sag, was trägst du da für Lasten?
Schleppst sie mühsam aus den Schiffen!
Schleppst sie mühsam aus dem Hafen!

Heie Bruder! Zimt von Süden!
Tuch von Norden! Holz von Osten!
Lauter gute, schwere Lasten!
Ja, die trag ich aus dem Hafen!

Heie Bruder! Tapf'rer Träger!
Und zu wem trägst du die Lasten?
Trägst du sie zu To, dem Nachbar?
Trägst du sie zu deinem Weibe?

Zu den Krämern! Zu den Reichen!
Trag ich diese schweren Lasten!
Trag sie aus den großen Schiffen!
Trag sie bis zu meinem Tode!

Heie Bruder! Tapf'rer Träger!
Zu den Krämern? Zu den Reichen?
Und der Nachbar leidet Hunger!
Und das Weib und auch die Kinder!

Heie Bruder! Ja, ich weiß es!
Einmal, wenn die Fahnen wehen!
Unsere roten, heilen Fahnen!
Werd ich sie nach Hause tragen!

Trag ich sie zu To, dem Nachbar!
Trag ich sie zu meinem Weibe!
Zu dem Kind und zu dem Vater!
Bruder, wenn die Fahnen wehen!

konnte, der Vorstand ihm eine jüngere Kraft zur Seite stellte. Wir freuen uns, daß der Gesundheitszustand unseres Kollegen Bennewitz heute wieder ein besserer ist, und daß seine reichen Erfahrungen dem Verbande wieder zugute kommen.

Mit unserem Dank für seine für den Verband geleistete Arbeit verbinden wir den Wunsch, ihn noch recht lange an seinem Posten zu sehen.

Die neuen Männer in der Fabrik.

Von Rudi Elms.

Rationalisierung im Industriebetrieb bedeutet zweckvolle Gliederung der Produktion, günstige Bearbeitung und restlose Verwertung der Rohstoffe, vorteilhafte Anwendung der Arbeitsmittel und vernunftgemäße Ausnützung der menschlichen Arbeitskraft. So würde ein guter Betriebswirt den Begriff der Rationalisierung definieren. Nach dem Prinzip des kleinsten Mittels soll mit geringstem Aufwand von Kapital und Arbeit Erfolgswirtschaft getrieben werden. Mit aller Intensität wird denn auch heute daran gearbeitet, jeden Betrieb in eine straffe Organisation zu pressen. Die Männer, denen diese Aufgabe obliegt, sind der Reorganisator und — der Betriebsschutzmann. Eine jede größere Firma, die auf ihr Prestige etwas hält, verpflichtet sich solche Herren.

Auch meine Firma wollte dem Rad des Fortschritts eine größere Tourenzahl ermöglichen. Es wurden gleich zwei Reorganisatoren engagiert. „Doppelt hält besser . . .", dachte wohl die hohe Direktion. Wer nun glaubte, daß die neuen Männer nach dem Antritt ihrer Stellungen mit einer Reorganisation der Maschinen und Werkzeuge in kluger, sinnvoller Weise zuerst einmal die Basis für die Rationalisierung schaffen würden, hatte sich getäuscht. Ihr Wirken sollte am Menschen, am Arbeiter, beginnen. Der eine der beiden Reorganisatoren hatte bald den Spitznamen „Schnelläufer", denn wie ein Wiesel lief er durch die Abteilungen des Betriebes. Treppauf, treppab — überall tauchte der kleine wendige Herr auf . . . Wehe, wenn er einen Arbeiter ertappte, der nach seiner Meinung nicht „intensiv" genug arbeitete oder sich vielleicht gar in Diskussion mit Kollegen einließ — sofort ging Meldung an den Werkmeister. Und wenn bei ihm etwas nicht klappte, verschwand der Reorganisator im Zimmer der Direktion. So mancher Werkmeister saß wie auf heißen Kohlen, wenn der neue Herr seine Abteilung inspizierte.

Von besonderen fachlichen Qualitäten der Reorganisatoren war nichts zu merken. Sie versuchten ihr Können in der Preiskalkulation unter Beweis zu stellen. Aber nicht die Vernunft war ihr Rüstzeug. Nein — es war die Stoppuhr! Da stand der Reorganisator mit dem Kalkulator hinter dem Arbeiter. Die Neukalkulation begann — mit anderen Worten gesagt — der Abbau der Akkordlöhne sollte beginnen. Alles dauerte den Herren zu lange. Und wirklich . . . sie kürzten Löhne. Damit erfuhren sie ihre erste Abfuhr. Neben Reorganisator und Kalkulator stand auf einmal der Betriebsobmann. Er sprach kein schlechtes „Deutsch". Die Meinungen prallten hart aufeinander. Den Herren wurde klar gemacht, was Rechte und Pflichten eines Arbeiters sind. Sie mußten schließlich klein beigeben. Akkordlöhne wurden in Zukunft nur unter Mitwirkung der Betriebsvertretung vereinbart.

Auch ihre arbeitsrechtlichen Kenntnisse konnten die Reorganisatoren ergänzen. Sie hörten mit Erstaunen, daß man von einer ungelernten Frau nicht die Garantierung eines Erfolges der Arbeit, kein Werk, sondern nur ein Wirken verlangen könne. Ihre reaktionären Anschläge auf die Arbeitsordnung vereitelte noch jederzeit der Betriebsrat. So ging es ihnen mit allem . . . Die Betriebsvertretung, hinter der eine gut organisierte Belegschaft steht, bannte die Verschlichung der Arbeiter in die Grenzen der Vernunft. Resigniert erklärte eines Tages der Reorganisator: „Ich könnte viel erreichen, wenn nur der Betriebsrat nicht wäre!" Arbeiter, merkt ihr etwas? Es sind lehrreiche Worte.

Und nun zur Tätigkeit des Betriebsschutzmannes. Leiter des Sicherheitsdienstes — ist der wohlklingende Titel dieses Herrn. Er ist nicht nur der Oberst der Nachtwächter, er muß auch tagsüber die Ordnung im Betrieb hüten. Nicht jeder Sterbliche kann seine Funktionen erfüllen. Eine solche Position verlangt einen Mann, der beim Militär einen höheren Rang bekleidet hat. Vor dem Feind erworbene Auszeichnungen wirken besonders empfehlend. Der Betriebsschutzmann muß eine Respektsperson sein.

Aus diesem Holz ist unser Ordnungshüter geschnitzt. Ein schöner Mann, . . . groß, kräftig, wohlproportioniert . . . Und das Organ, diese Kommandostimme . . .! Wenn er nach Fabrikschluß, bei der Torkontrolle, einen Arbeiter anhält und dieser nicht sofort bereitwilligst seine Aktentasche oder Essenkoffer öffnet, dann sollte ihr einmal die Töne hören! Sie sind echtes Kommiß . . . Man hört im Geiste Parademarsch und denkt an den Sauherdenton preußischer Leutnants. Ein Betriebsratsmitglied, das sich diese Art der Konversation verbat, wurde von ihm angeschrien: „Halten Sie den Mund!" Es ist ihm die richtige Antwort nicht schuldig geblieben.

Überall senkt der Herr seine Spürnase hin, bis in die „stillsten Örtchen". Wenn er dort einen Arbeiter beim Rauchen erwischen würde . . .! Geld sicher, 24 Stunden später, genau so wie beim Militär, wäre ein ellenlanger Bericht mit dem Tatbestand in den Händen der Direktion. Scharfe Verwarnung, vielleicht sogar die Kündigung, hätte der Arbeiter zu gewärtigen, obwohl die Herren der Direktion sich im Tabakgenuß in ihren Bureaus keine Beschränkung auferlegen.

Ein Betriebsratsmitglied besaß die Dreistigkeit, während der Arbeit an seiner Drehbank die „Internationale" zu pfeifen. Der Betriebsschutzmann hörte dies. Sofort erfolgte seine Beschwerde bei dem Werkmeister der Abteilung. Das Pfeifen gefährdet die Ordnung des Betriebes! Hätte er „Hakenkreuz am Stahlhelm" gepfiffen, ich glaube, die Beschwerde wäre unterblieben.

Schließen wir damit die Akten.

So sahen die neuen Männer aus, deren Wirken ich zu sehen die Ehre hatte. Viele der Leser werden gleiche Erfahrungen zu berichten haben. Es ist Rationalisierung mit untauglichen Mitteln. Wir unterstützen die Rationalisierung, wir unterstützen einen Reorganisator, wenn er dem Menschentum des Arbeiters gerecht wird. Der Sicherheitsbeamte obigen Formats zählt unseres Erachtens in einem Industriebetrieb zu den „überflüssigen Menschen", denn er paßt ebensowenig in eine Fabrik, wie ein Gendarm in eine politische Versammlung. Eine gutorganisierte Belegschaft aber braucht ihn nicht zu fürchten; sie wird sich aller Schikanen zu erwehren wissen.

Was ist wirkliche Gemeinschaft?

. . . Gemeinschaft ist nicht ein unmittelbares Verhältnis von Mensch zu Mensch, sondern die Verbundenheit der Menschen durch die gemeinsamen menschlichen Aufgaben, die Verbundenheit in einer gemeinsamen Sache, einem gemeinsamen Kampfe, einer gemeinsamen Arbeit, einem gemeinsamen Werke. Und so ergibt sich uns als Formel sozialistischer Weltauffassung: Persönlichkeit in Gemeinschaft, Gemeinschaft im Werke.

G. Radbruch: „Kulturlehre des Sozialismus."

Nahrungsmittel-Industrie

Die deutsche Fischindustrie im Jahre 1926.

I.

Deutschland produziert nicht soviel Nahrungsmittel, wie es braucht. Wir sind in erheblichem Umfange auf die Einfuhr angewiesen. Deshalb ist der Fisch und die fischverarbeitende Industrie von großer volkswirtschaftlicher Bedeutung. Eine Vermehrung des Fischverbrauches könnte die Einfuhr anderer Nahrungsmittel bedeutend einschränken. Die Seefischerei durch deutsche Fahrzeuge könnte aber einen noch weit größeren Verbrauch decken, da erhebliche Fischmengen von deutschen Fahrzeugen im Auslande gelandet und dort abgesetzt werden. Darüber hinaus könnte der Fischfang noch bedeutend gesteigert werden. Nach dem Jahresbericht des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft über das Jahr 1926 betrug das Fangergebnis der deutschen See- und Küstenfischerei mit Einschluß der Haffe 236 364 000 Kilo im Werte von 61 220 000 Mark. Im Vorjahre betrug die Fangmenge 207 805 000 Kilo. Das Fangergebnis ist also gegenüber dem Vorjahre ganz erheblich gestiegen. Von den deutschen Fängen wurden rund 74 Prozent in Deutschland gelandet, während der übrige Teil in anderen Ländern ausgeladen wurde. Im vorigen Jahre wurden in Deutschland nur rund 72 Prozent gelandet. Es ist also im Selbstverbrauch auch eine kleine Steigerung eingetreten.

Die Einfuhr an frischen und zubereiteten Seefischen im Jahre 1926 betrug 295 578 000 Kilo im Werte von 107 155 000 Mark, im Vorjahre hingegen rund 306 000 000 Kilo, mithin ein kleiner Rückgang gegenüber dem Vorjahre. 146 Millionen Kilo der Einfuhr sind frische Heringe. Rechnen wir von dieser Einfuhr die deutsche Ausfuhr mit 15 282 000 Kilo ab, dann erhalten wir einen Einfuhrüberschuß von rund 280 Millionen Kilo im Werte von 99 Millionen Mark. Ist die Einfuhr auch gegen das Vorjahr etwas zurückgegangen, so zahlen wir immer noch 99 Millionen Mark an das Ausland für die Fischeinfuhr. Die Frischware, die wir vom Auslande beziehen, könnte aber bei genügender Förderung der deutschen Fischerei zu einem großen Teile noch durch den eigenen Fang gedeckt werden. Die Gesamtein- und -ausfuhr von 1926 gestaltet sich folgendermaßen:

	Einfuhr 1000 kg	Ausfuhr 1000 kg	Einfuhrüberschuß 1000 kg
Frische Heringe	146 288	3 978	142 310
Frische Fische, außer Heringe	19 740	[illegible]	14 444
Gesalzene Heringe	112 419	1 837	110 582
Zubereitete Fische	10 567	3 675	6 892
Sardinen usw.	6 564	596	5 968
Summe:	295 578	15 382	280 196
Dagegen 1925 Summe:	305 896	23 836	282 060

Wie obige Tabelle zeigt, ist die Einfuhr gegenüber dem Vorjahre um rund 10 Millionen Kilo zurückgegangen. Davon entfällt der größte Teil auf Sardinen. Die Einfuhr von Sardinen betrug im Vorjahre 11 638 000 Kilo; sie betrug im Jahre 1926 nur 6 564 000 Kilo. Sie ist also um über 5 Millionen Kilo zurückgegangen, ein Beweis dafür, daß die deutsche Fischindustrie in der Lage ist, auch diese Ware in immer stärkerem Maße in der gleichen Qualität zu liefern wie das Ausland.

Die Ergebnisse des deutschen Seefischfanges zusammen mit dem Einfuhrüberschuß ergaben einen Inlandsverbrauch von 516,5 Millionen Kilo. Derselbe betrug im Vorjahre 490 Millionen Kilo, mithin eine Steigerung beim Inlandsverbrauch um 26,5 Millionen Kilo. Der Fischverbrauch stieg im Jahre 1925 pro Kopf der Bevölkerung von 8 Kilo auf rund 8¼ Kilo im Jahre 1926. Über den hohen Nährwert der Seefische besteht kein Zweifel. Es handelt sich aber darum, dafür zu sorgen, daß die Ware möglichst frisch in das Inland hineinkommt. In dieser Beziehung konstatiert der Bericht eine bedeutende Besserung gegen früher. Es sind Fischsonderzüge von der Küste zum Binnenlande eingelegt. Auf diese Weise ist es möglich, daß Fische, die heute in Bremerhaven, Kuxhaven usw. verladen werden, bereits am anderen Morgen in Berlin und im westlichen Industriegebiet verkauft werden. Ferner hat man sich bemüht, durch Errichtung von Fischbratküchen und dergleichen überall eine rege Propaganda für den Fisch zu machen. Außerdem gehen Fischgroßhandlungen immer mehr dazu über, am Landungsplatze das Fischfilet herzustellen. Der Fisch wird enthäutet, entgrätet und in Stücke bestimmter Größe zerlegt. Alles dieses geschieht durch maschinelle Einrichtung. Der Fisch wird von dem Eingeweide usw. getrennt, das am meisten dem Verderben ausgesetzt ist. Außerdem werden hohe Frachtkosten für die Abfälle nach dem Binnenlande gespart. Der größte Vorteil aber liegt darin, daß die Hausfrau den Fisch gebrauchsfertig in die Küche erhält.

Durch Errichtung von Kühlwagen wird versucht, den Fisch möglichst frisch an den Markt zu bringen. Ein wichtiges Kapitel ist die Preisfrage. Die Fische werden am Landungsplatze in Auktionshallen versteigert. Ist viel Versteigerungsgut vorhanden, bleibt der Preis niedrig und umgekehrt. Diese Schwankungen machen sich auch im Binnenlande bemerkbar. Man ist dazu übergegangen, in Kühlhäusern große Mengen Fisch länger lagern zu lassen, um auszugleichen, wenn die Fänge geringere Ergebnisse liefern. Damit kann wohl eine Stabilisierung des Preises nach oben, aber kaum nach unten erreicht werden. Die Organisierung des Kleinverkaufes ist eine der wichtigsten Aufgaben von Fischindustrie und -handel. Die Spanne zwischen Klein- und Großhandelspreis ist oft so groß, daß sie Staunen und Unwillen bei den Konsumenten hervorrufen würden, falls sie davon Kenntnis hätten. Hier ist der Hebel in erster Linie anzusetzen. Die Reichsregierung hat der Hochseefischerei 250 000 Mark zur Förderung des Absatzes zur Verfügung gestellt. Alle diese Mittel konnten aber nur bewirken, daß der Absatz pro Kopf der Bevölkerung um ein halbes Kilo pro Jahr gestiegen ist. Immerhin ein Erfolg, wenn auch nur ein geringer.

Die deutsche Fischindustrie (Räuchereien, Marinieranstalten usw.) ist, wie aus obigen Darlegungen ersichtlich ist, nicht nur auf den deutschen Fischfang, sondern zum erheblichen Teile auch auf die Einfuhr frischer Fische angewiesen. Wohl ist der deutsche Fischfang gegenüber der Vorkriegszeit bedeutend gestiegen. Aber auch heute werden noch Riesenmengen von Frischfischen aus dem Auslande eingeführt. Auch im vergangenen Jahre klagte die Fischindustrie zum Teil über mangelhafte Beschäftigung. Das wird darauf zurückgeführt, daß einesteils die Fischindustrie einen großen Abnehmer für Fischkonserven, nämlich die deutsche Marine, fast völlig verloren hat; zum anderen Teile sind aber in der Nachkriegszeit viel zu viel Betriebe der Fischkonservenindustrie gegründet, weil die Fischware infolge Fleischmangels guten Absatz fand. All diese Betriebe trachten nun danach, ihr angelegtes Kapital gewinnbringend zu erhalten. E. S.

Verschiedene Industrien

Die Absatzländer der deutschen Spielwarenindustrie.

IV.

Argentinien.

Eine eigene Spielwarenindustrie ist nicht vorhanden. Der Bedarf wird ausschließlich durch Einfuhr gedeckt. Deutschland ist

Afternationalismus.

Um Neun gehts los. Um halb Neun sind die Spießer schon da. Zuerst kommt, bei magischem Licht, etwas Weibliches und mimt einen Bajaderentanz. Stop. Normallicht. Tanz fürs Publikum. Männliche und weibliche Extremitäten im Charleston-Rhythmus. Stop. Magisches Licht. „Sie" in Nr. 2. Fast ganz in Schwarz. Verendet in Schwermut am Boden, alle Viere von sich. Stop. Normallicht. Shimmy mit Fabrikanten- und Generaldirektorenbeteiligung. Siegende Gemütlichkeit. Transpiration. Wein. Sekt. Flips. Mädchen, Kellner rennen. Stop. Magisch. „Sie" in Nr. 3. Donnerwetter! Eva in der Badehose. Die Brustpanzer sitzen nicht. Tant mieux. Ach so, das viele Fleisch ist nicht nur uns, sondern für den — o Gott, die Person! — wasserstoffblonden Partner, der nun diagonal heranölt. . . . Kakelores ad infinitum. Juraf: „Na, seid ihr bald soweit?" Sie sinds. Stehen in Klebestellung. Rasender Beifall. Stop. Normal. Prestissimo-Step für das Publikum. Der schmunzelnde Besitzer an der Barkür. Stop. Der Ersehnte naht, der Conférencier (Ansager). Blond. Blau. Keß. Sagt was von „in medias res", das sei zu deutsch: Rin in die Kartoffeln — improvisiert dann von Tisch zu Tisch . . . zum Beispiel: „Die Dame mit dem offenen Rücken, darf sich noch etwas tiefer bücken. . . ." „Das blaue Fräulein an der Wand, wo hat es denn die andere Hand?" „Vier Herren an einem Tisch allein, was mögen das für Brüder sein?" usw. . . Die Sinne des Publikums sind bis zum Platzen gespannt: Da — der große Augenblick. Der Conférencier, plötzlich umschwingend:

„So lustig wir auch hier sind: wir werden als echte Deutsche — und das sind wir doch alle, alle, die wir hier versammelt sind — also: wir werden als ech-te Deut-sche auch den Ernst des Lebens nicht vergessen. Ich bin daher überzeugt, daß Sie mir gerne gestatten werden, Ihnen eine von mir selbst gedichtete und komponierte Ballade aus der Nachkriegszeit, betitelt „Der Dieb und sein Hauptmann" vorzutragen. Ich bitte um Ruhe und Sammlung. . . ."

Musik. . . . Der Kantus steigt:

Ein Arbeitsloser dringt als Dieb in eine hochherrschaftliche Kurfürstendammwohnung. Schwellende Teppiche. Seidene Portieren. Gold. Silber. . . Da, wie er eben zugreifen will, öffnet sich die Nebentür, ein Revolver blinkt durch die Öffnung, dann tritt ein schöner Mann in gelbseidenem Pyjama heran. . . . Langes, gegenseitiges Anschauen. . . . Langsam senkt sich die Hand mit dem Revolver. . . . Der Dieb, schamrot, verbirgt sein Gesicht in seinen Händen. Hauptmann und Bursche von der Westfront haben sich wiedererkannt, stehen in stummer Erschütterung. Und die Ballade schließt mit den Strophen, die ich mir nachgeschrieben habe:

„Der Bursche, er schluchzt, der Hauptmann, er weint,
Sie sinken sich stumm in die Arme:
Erinnerung an Douaumont hat beide vereint
Und erlöst von unsagbarem Harme.

Versprich mir, ermannt sich der Hauptmann sodann,
Du lässest mir fürder das Stehlen!
Wirst wieder ein deutscher, ein redlicher Mann,
Und mußt da ums Brot auch dich quälen.

Einst kommt ja der Tag, und er ist nicht mehr fern,
Da reifen und streifen wir wieder:
Und über uns flammet der Siegesstern,
Und die Feinde, sie liegen danieder!"

Das Publikum tobt . . . Tusch . . . Sekt . . . Charleston. . . . Der Conférencier hat die Dame zum Tanzen ergriffen, die sich tiefer bücken darf. . . . Lieb' Vaterland, magst ruhig sein. . .

„Frkf. Ztg."

„Bleu madonne".

(Die neueste Modefarbe der gutsituierten Weiblichkeit nennt sich „bleu madonne" — Madonnenblau!)

Ihr an der Drehbank, an den Hebekränen,
Im Bergwerksstollen und im Schiffskontor,
Betrachtet euch das Leben der Mondänen.
Was geht da vor?

Besieht es recht, ihr könnt dabei gewinnen.
Den Feind erkennen, spart beizeiten Kraft.
Wie lebt das Heer der Müßiggängerinnen,
Dieweil ihr schafft?

Mit Seidenbeinchen und gemalten Bäckchen
Macht das in Grietchen oder in Garconne,
Die neue Farbe für das Fünfuhrsäckchen
Ist „bleu madonne".

Sie wollen sich wie bunte Vögel tragen,
Trotz allen Elends rings und aller Not.
Den Puppen sind die Garderobefragen
Das täglich Brot.

Dies Leben, das euch ungenutzt verronnen,
Genießen sie in hemmungsloser Gier.
Haßt die Gewänder all der Prachtmadonnen.
Denn die zahlt — ihr!

Karl Schnog im „Wahren Jacob".

bei der Einfuhr führend. Nachstehende Statistik aus dem Jahre 1924 gibt darüber Auskunft.

Einfuhr von Spielwaren nach Argentinien 1924:

	Goldpesos
Deutschland	822 900
Japan	88 478
England	78 056
Frankreich	69 758
Ver. Staaten Amerika	63 466
Belgien	12 186
Spanien	6 376
Niederlande	5 722
Italien	4 905
andere Länder	1 398

Die Einfuhrzahlen aus den folgenden Jahren sind noch nicht bekannt.

China.

Es ist eine eigene Spielwarenindustrie vorhanden. Die Standorte derselben sind Schanghai und Ngai Kuo. Hergestellt werden Puppen sowie Holz-, Gummi-, Messing-, Ton- und Zinnspielwaren. Die deutsche Ausfuhr nach China beträgt durchschnittlich 500 Doppelzentner im Jahre.

Mexiko.

Eine eigene Spielwarenindustrie ist nicht vorhanden. Der Bedarf wird restlos durch Einfuhr gedeckt. An der Einfuhr beteiligen sich: Deutschland, die Vereinigten Staaten, England, Japan und die Tschechoslowakei. Über die Einfuhrziffern der deutschen Konkurrenz ist nichts Genaues bekannt. Es läßt sich deshalb nicht feststellen, wer als führendes Spielwareneinfuhrland nach Mexiko in Frage kommt. Die deutsche Einfuhr von Spielwaren nach Mexiko seit 1923 betrug an Menge und Wert:

Jahr	In Doppelzentner	Wert in Reichsmark
1923	5 360	1 170 000
1924	3 170	970 000
1925	4 279	1 018 000
1926	3 309	879 000
einschl. Mai 1927	575	127 000

Amerika.

Die bedeutsamste Entwicklung der Spielwarenindustrie des Auslandes, die in der Nachkriegszeit als Wettbewerb gegen die deutsche Spielwarenindustrie auftrat, vollzog sich in den Vereinigten Staaten von Nordamerika. 1914 bestanden dort 290 Spielwarenbetriebe mit 7800 Arbeitern und Angestellten mit einer Gesamtproduktion von 13,7 Millionen Dollar. 1921 war die Zahl der Betriebe bereits auf 363 gestiegen und die Gesamtproduktion hatte einen Wert von 35,4 Millionen Dollar. Für 1925 werden 2500 Betriebe (die beschäftigte Arbeiterzahl ist nicht bekannt) mit einem Gesamtwert der Produktion von 103 Millionen Dollar genannt.

Die amerikanische Spielwarenindustrie tritt als die stärkste Wettbewerberin gegen die deutsche auf. Nicht nur, daß Amerika sich mit hohen Schutzzollmauern gegen die deutschen Spielwaren absperrt, versucht es auch auf den deutschen Absatzmärkten vorzudringen. Mit Spielwaren besserer Qualität ist dieses bereits gelungen. Aber auch auf dem Gebiete der Puppenindustrie läßt Amerika nichts unversucht, um ins Exportgeschäft zu kommen. Ungeheure kostspielige Reklame wird dabei angewendet. So hat man vor kurzem 250 000 Stück Puppen an japanische Kinder verschenkt. Diese Schenkerlaune amerikanischer Damen, die der amerikanischen Spielwarenindustrie nahestehen und von der unter dem Deckmantel der Wohltätigkeit diese Propaganda für amerikanische Puppen durchgeführt wurde, ist nicht zu unterschätzen. Der Erfolg dieser freigebigen Reklame kann von großer Bedeutung für die zukünftige Marktentwicklung werden. Sie kann dazu führen, daß die amerikanische Puppe noch mehr als bisher Eingang in die deutschen Absatzgebiete findet.

Die deutsche Einfuhr von Spielwaren nach Amerika hat seit 1923 folgende Entwicklung genommen:

Jahr	In Doppelzentner	Wert in Reichsmark
1923	213 850	46 060 000
1924	159 740	33 090 000
1925	106 660	27 627 640
1926	112 106	29 596 000
einschl. Mai 1927	29 102	—

England:

Die heimische Spielwarenindustrie hat ihren Sitz in London und Liverpool sowie in etwa 50 Dörfern des Gebietes Essex, insbesondere in Brasted. Sie hat in den letzten Jahren gute Fortschritte gemacht. Angefertigt werden in der englischen Spielwarenindustrie in der Hauptsache Kinderroller, Automobile, Eisenbahnen und dergleichen. In dem Heimarbeitergebiet Essex Stoffpuppen nach Käthe-Kruse-Art. Die englische Spielwarenproduktion vermag den eigenen Bedarf nicht im entferntesten zu decken. England ist deshalb auch heute noch auf Einfuhr angewiesen.

Um die Spielwareneinfuhr nach England bemühen sich fast alle Spielwaren exportierenden Länder. Deutschland ist nach wie vor führend in Babypuppen und Kinderartikeln. Für mechanisches Spielzeug besitzt die deutsche Einfuhr in England noch heute Monopolstellung. Die deutsche Spielwarenausfuhr nach England betrug seit 1923:

Jahr	In Doppelzentner	Wert in Reichsmark
1923	174 990	35 560 000
1924	169 209	34 050 000
1925	159 302	41 418 520
1926	133 751	34 210 264
einschl. Mai 1927	35 770	??

H. Elflein.

Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung.

Die kommenden Krankenkassenwahlen.

Die Wahlen zu den Ausschüssen der Krankenkassen stehen in den nächsten Wochen bevor, soweit sie nicht bereits in den letzten zwei Jahren stattgefunden haben. Diese Wahlen haben große Bedeutung nicht nur für das Schicksal der einzelnen Krankenkasse, sondern für die Zukunft der Krankenversicherung überhaupt. In vielen Bezirken wird mit einem heißen Wahlkampf zu rechnen sein. Deshalb ist gute Vorbereitung für diesen Wahlkampf erforderlich.

Um jede Position muß gekämpft werden, nicht nur um die Sitze in den Ausschüssen der großen Ortskrankenkassen, sondern auch [illegible] denen der kleinsten Betriebs- und Innungskrankenkassen, vor allen Dingen auch in den Ausschüssen der Landkrankenkassen. Welche Termine für die Einreichung der Wahllisten innezuhalten sind, braucht ja wohl nicht erst gesagt zu werden. Wo die Wahltermine und die Termine für die Einreichung der Wahllisten aus den Bekanntmachungen in der Tagespresse nicht ersichtlich sind, muß bei den Kassenverwaltungen angefragt werden. Die Aufstellung der Kandidaten für die Ausschüsse und Kassenvorstände muß sorgfältig erfolgen. Es dürfen nur solche Vertreter aufgestellt werden, die für die Vereinheitlichung der Krankenversicherung in großen, örtlich gegliederten Krankenkassen einzutreten bereit sind, die ferner dafür eintreten, daß die Familienkrankenpflege eingeführt wird, wo sie noch nicht eingeführt ist, und im übrigen soviel soziale Einsicht und Verständnis für die Bedeutung der Krankenversicherung für die Volksgesundheitspflege haben, daß sie mit Erfolg in den Organen der Krankenkassen wirken können. Besonders verantwortungsvoll sind die Posten der Vorstandsmitglieder in den Krankenkassen, insbesondere in den größeren. Die Kassen gewähren heute außerordentlich zahlreiche Beihilfen und Mittel für die verschiedensten sozialen Zwecke der vorbeugenden Fürsorge, der Krankheitsbekämpfung, der Kinderfürsorge, Genesendenfürsorge, Schwangerenfürsorge usw. Es gibt leider noch eine ganze Anzahl Kassen, die auf diesen Gebieten rückständig sind. Sie zu einem zeitgemäßen Ausbau ihrer Leistungen zu veranlassen, muß die Aufgabe der Kassenvorstände sein. Wo mehrere Listen von Arbeitervertretern eingereicht worden sind, also ein Wahlgang stattfinden muß, ist damit zu rechnen, daß alle möglichen Gruppen sich an der Wahl beteiligen, der Stahlhelm sowohl wie die Hausfrauenvereine, die christlichen Gewerkschaften nicht minder wie die Hirsch-Dunckerschen. Meistens gehen mehrere dieser Gruppen zusammen. Wo Großbetriebe vorhanden sind, muß verlangt werden, daß in der Nähe der Betriebe Wahllokale errichtet werden. Außerdem ist für intensive Aufklärung durch Flugblätter und Abhalten von Versammlungen der Kassenmitglieder zu sorgen. Geeignetes Flugblattmaterial und Material für Referate kann von den Geschäftsstellen der Bezirksausschüsse bezogen werden. Diese sind auch bereit, Referenten zu vermitteln, falls solche am Orte nicht vorhanden sein sollten. Diese Propaganda ist durch eine intensive Werbearbeit in den Betrieben zu ergänzen.

Nur durch intensive Arbeit kann ein Sieg der freien Gewerkschaften gesichert und damit eine Vorbedingung für die fortschrittliche Weiterentwicklung der Krankenversicherung und der gesamten Sozialversicherung geschaffen werden.

Was bedeutet Solidarität?

. . . Solidarität heißt: Alle für einen und einer für alle, heißt Verzicht der sicheren Stelle, Arbeitslosigkeit, Brotlosigkeit um der gemeinsamen Sache willen. Solidarität heißt: unermüdliche, aufopfernde Kleinarbeit an der Organisation des Proletariats, geopferte Sonntags- und Feiertagsstunden, Nachtarbeit im Interesse der Organisation nach mühseliger Tagesleistung im kapitalistischen Betrieb. Solidarität heißt Gefängnis, Verbannung um der Genossen willen, heißt Tod auf der Barrikade. Solidarität heißt: Verzicht auf höchste Akkordleistung um der minder Tüchtigen willen, heißt Einrichtung eines Gruppenakkordes, so, daß auch die Schwächeren allenfalls bestehen können. Alles, was der Arbeiter empfindet, an Treu und Glauben für seine Klassengenossen, an Opferfreudigkeit, um der gemeinsamen Sache willen, liegt in diesem Wort beschlossen. Es ist der Ausdruck für das Erlebnis der Verbundenheit in jener Form der Gemeinschaft, die dem Gemüt des einfachen Menschen als die höchste und wesentlichste erscheint: die des gesellschaftlichen Handelns in der äußeren Wirklichkeit.

Gertrud Hermes: „Die geistige Gestalt des marxistischen Arbeiters."

Berichte aus den Zahlstellen.

Waldenburg i. Schl. Frauenkonferenz. Anläßlich der Anwesenheit der Kollegin Anna Nabe in Schlesien fand am Sonntag, dem 2. Oktober, im Verbandshause in Waldenburg eine Konferenz der Funktionärinnen des Waldenburger Bezirks statt, welche von 30 Kolleginnen besucht war. Einleitend wies der Konferenzleiter, Kollege Kühn, darauf hin, daß es allseits begrüßt wurde, daß der Hauptvorstand dazu überging, die besonderen Angelegenheiten der zahlreichen im Verbandsgebiet beschäftigten Frauen durch weibliche Funktionäre wahrnehmen zu lassen. Leider sei festzustellen, daß noch ein verhältnismäßig großer Teil von Arbeiterinnen abseits stehe. Zwar sind im Waldenburger Bezirk bereits viele Kolleginnen zu der Überzeugung gelangt, daß nur mit Hilfe der Organisation ihre Lage verbessert werden kann. Jedoch bleibt noch viel zu tun, die unorganisierten Kolleginnen, die in einigen Ortsgruppen noch reichlich vorhanden sind, und die eine große Hemmung für die organisierten Kolleginnen in ihrem Kampfe darstellen, in die Reihen der Organisation einzugliedern. In einem ausführlichen Vortrage sprach die Kollegin Nabe über „Die Aufgaben der Frau in der Gewerkschaft". Die Technisierung der Wirtschaft brachte in steigendem Maße die Heranziehung der Frauen für die Industriearbeit mit sich. Ein Drittel der Gesamtarbeiterschaft der Industrie bestehe heute aus Frauen, davon sei ein großer Teil verheiratet. Niedrige Männerlöhne zwingen diese Frauen zum Mitverdienen. Hohe Löhne für die Männer werden auch der verheirateten arbeitenden Frau Entlastung bringen. Dem von den Gewerkschaften verfochtenen Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Leistung" müssen die Frauen auch weiter nachstreben. Die Referentin kennzeichnete ausführlich die oft falsche Einstellung der beiden Geschlechter im Betriebe. Es komme auch immer noch vor, daß die Kollegen in den Betrieben nicht zu ihren Kolleginnen die richtige Einstellung finden. Rednerin schilderte die auf Betreiben der Gewerkschaften geschaffenen Schutzgesetze für Arbeiterinnen. Besonders ausführlich wurde das Gesetz zum Schutz der Schwangeren besprochen. Bei diesem Kampfe müssen sich die arbeitenden Frauen darüber klar sein, daß sie dabei allein stehen. Die Frauen des Bürgertums stehen dem Streben der arbeitenden Frauen nach Befreiung von veralteten Gesetzesbestimmungen und nach gleichen Rechten verständnislos gegenüber. Mit einer Aufforderung an die Frauen, ihre Dienste nach besten Kräften in den Dienst der Bewegung als Funktionärinnen zu stellen und in allen Körperschaften, wie Betriebsräten, Krankenkassen usw., gemeinsam mit den Kollegen zu arbeiten, schloß Kollegin Nabe ihre eindrucksvollen Ausführungen. — An der Aussprache beteiligten sich u. a. die Kolleginnen Beck, Klose und Zimpel. Es wurde Klage geführt, daß in vielen Fabriken die Frauen immer noch mit schweren Ofenarbeiten bei größter Hitze beschäftigt werden. Auch wurde von den Diskussionsrednern zum Ausdruck gebracht, daß ein Teil der Frauen an ihrer Lage selbst mit schuldig sei, da sie oft nur schwer zu bewegen seien, sich für gewerkschaftliche Dinge zu interessieren und an der Bewegung teilzunehmen. In ihrem Schlußwort ging die Kollegin Nabe ausführlich auf die vorgebrachten Angelegenheiten ein. — Zusammenfassend betonte Kollege Kühn, daß alles darauf ankomme, in welchem Maße es gelingt, die Frauen der gewerkschaftlichen Organisation zuzuführen. Viel sei bereits durch den Kampf der Gewerkschaften für die arbeitende Frau erreicht. Aber bis zu dem gesteckten Ziele ist noch ein ganzes Stück Weg zu überwinden. Dieser Weg ist auch nicht immer bequem zu gehen. Mancher Kampf wird dabei unvermeidlich sein. Unsere Funktionärinnen haben bereits begriffen, daß die Ausbeutung der Frau durch das Unternehmertum nur die Geschlossenheit entgegengesetzt werden kann. Sie haben auch begriffen, daß der zu führende Kampf nicht allein ein Kampf um das tägliche Brot, sondern auch ein Kampf der Ideen ist. Der starke Idealismus, der unsere Vorkämpfer getragen hat, muß auch unsere Kolleginnen beseelen. Die Kolleginnen haben die Pflicht, das Gehörte hinauszutragen zu ihren Mitarbeiterinnen, und nicht müde zu werden in ihrem Kampfe für die gewerkschaftliche Organisation und damit für die Hebung der Lage unserer Kolleginnen. Kollege Kühn schloß die Konferenz, indem er, an ein Dichterwort anknüpfend, den Funktionärinnen zurief: „Die Würde der arbeitenden Frau ist in eure Hand gegeben! Bewahret sie!"

Internationale Arbeiterbewegung.

Indische Arbeitersolidarität trotz Religionsunterschied.

In Bombay haben nach längerem Kampfe die streikenden Textilarbeiter trotz der großen in der Textilindustrie zur Zeit herrschenden Arbeitslosigkeit einen vollen Erfolg erzielt. Die Betriebe, die die Bedienung von drei Webstühlen durch einen Mann erzwingen wollten, haben nachgegeben und sich zur Beibehaltung der alten Bedingungen bereiterklärt. Die etwa 5000 Mann betragende Belegschaft der bestreikten Unternehmer hat daraufhin die Arbeit wieder aufgenommen.

Am Streik waren sowohl Hindus wie Mohammedaner beteiligt, und alle Versuche der Arbeitgeber, die religiösen Gegensätze für ihre Zwecke auszunutzen, sind an der Solidarität der Arbeiterschaft gescheitert. Die Textilarbeiterorganisation hat durch den erfolgten Kampf sowohl an Mitgliederzahl wie an moralischer Autorität erheblich gewonnen.

Männliche Arbeiter aller Berufe,

die gewillt sind, sich neben ihrer Pflichtkrankenkasse noch gegen Not in Krankheitsfällen zu versichern, können in die

Meißner Zuschußkasse

eintreten. Die Meißner Zuschußkasse wurde im Jahre 1878 als Zentralkasse von organisierten Arbeitern ins Leben gerufen und wird heute noch von ihren Mitgliedern verwaltet und geleitet. Sie zählt gegenwärtig rund 65 000 Mitglieder mit fast 700 über ganz Deutschland verteilten Verwaltungsstellen. Der von der Kasse erzielte Überschuß wird außer zur Ansammlung der notwendigen Reserven immer wieder zur Verbesserung der Leistungen verwendet.

Der wöchentliche Grundbeitrag beträgt in den bestehenden fünf Klassen 30, 40, 50, 70 und 100 Pfennig.

Das wöchentliche Krankengeld wird, je nach der Dauer der Mitgliedschaft, bis zu einem Jahre gezahlt. Es beträgt in Klasse I (Lehrlingsklasse) 5,40 Mk., Kl. II 7,20 Mk., Kl. III 9,00 Mark, Kl. IV 12,60 Mk. und in Klasse V 18,00 Mk.

Beim Ableben eines Mitgliedes erhalten dessen Hinterbliebene ein Sterbegeld bis zu 150 Mark, je nach der Klasse und der Dauer der Zugehörigkeit zur Kasse.

Nach fünfjähriger Mitgliedschaft erhalten die Mitglieder im Falle eintretender dauernder Erwerbsunfähigkeit einen Zuschuß zur Rente aus der Reichsinvaliden- bzw. der Angestelltenversicherung.

Nähere Auskunft erteilen und Anmeldungen nehmen entgegen die örtlichen Verwaltungsstellen der Kasse sowie auch die Hauptverwaltung der Meißner Zuschußkasse in Meißen (Sachsen), Markinstraße 5. (15,50)

Zahlstelle Oelze (Thüringen).

Die Auszahlung der Erwerbslosen- und Krankenunterstützung erfolgt jeder Sonnabend von 1 bis ½3 Uhr beim Vorsitzenden. Die Kollegen werden ersucht, diese Zeit pünktlich einzuhalten.

Ortsverwaltung der Zahlstelle Oelze (Thüringen).
(3,50) Rich. Witzmann.

Literarisches.

Arbeitsrechtliche Entscheidungen des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts Berlin. Fortsetzung der Sammlung „Aus der Praxis des Gewerbegerichts Berlin" und des „Jahrbuchs des Kaufmannsgerichts Berlin". Herausgegeben von Paul Wölbling, Obermagistratsrat, Direktor des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts Berlin, sowie Dr. Adolf Neumann, Obermagistratsrat, Vorsitzendem des Kaufmannsgerichts Berlin, und Ludwig Schultz, Obermagistratsrat, Vorsitzendem des Gewerbegerichts Berlin. 1927. Band II. Geh. etwa 13 Mk., geb. etwa 15 Mk. (Band I erschien 1925, geh. 13 Mk., geb. 15 Mk.) Der 2. Band bringt die letzte Sammlung von Entscheidungen des Berliner Gewerbe- und Kaufmannsgerichts, das am 1. Juli d. J. durch ein einheitliches Arbeitsgericht abgelöst ist. Aus der unmittelbaren Quelle ihrer reichen Erfahrung schöpfend, haben die beiden Herausgeber, Dr. Neumann und Schultz, aus der Fülle des Stoffes eine Auswahl von über 600 Entscheidungen der Jahre 1925 bis 1927 getroffen. Fast alle Fragen des Arbeitsrechts werden, soweit sie zur Zuständigkeit des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts gehören, behandelt. Während im ersten Teil das bisherige Recht zu Wort kommt, wird im zweiten Teil zum Tarifrecht, dem Schwerbeschädigten- und Betriebsrätegesetz Stellung genommen. Den Abschluß bildet das Kündigungsschutzgesetz. Dabei beschränkt sich die Sammlung nicht nur auf die Entscheidungen des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts, sondern ergänzt sie durch auszugsweise Wiedergabe von Beschlüssen und Urteilen der Berufungsinstanz. Die zukünftigen Arbeitsgerichte werden von ihnen ausgehend das Arbeitsrecht weiter entwickeln können. Die Vorsitzenden und Arbeitsrichter werden aus den Erfahrungen schöpfen, die Parteien und ihre Vertreter Belehrung finden. Den Entscheidungen geht als Einleitung ein in das Verfahren der Arbeitsgerichte einführender Aufsatz über die Zuständigkeit der Arbeitsgerichte aus der Feder des Obermagistratsrats Wölbling voraus. In seiner Gesamtheit bildet der zweite Band durch seine übersichtliche Einteilung, durch ein ausführliches Inhalts- und Stichwortverzeichnis für alle, die sich über arbeitsrechtliche Fragen unterrichten wollen, ein geeignetes Nachschlagewerk, das noch durch Hinzunahme des ersten Bandes zweckmäßig ergänzt werden kann.

Beilage zum Proletarier

Nummer 42 — Hannover, 15. Oktober 1927 — 36. Jahrgang

Aus der Industrie

Chemische Industrie

Leuna-Benzin.

Von Dr. Georg Berger (Bochum).

Die erste Anlage zur Verflüssigung von Kohle in großindustriellem Maßstabe, die innerhalb kurzer Zeit auf den Merseburger Werken der J.-G. Farbenindustrie (Leunawerke) erstellt wurde, hat Anfang April dieses Jahres den Betrieb aufgenommen und bringt nunmehr die ersten Mengen des dort hergestellten Kunstbenzins auf den Markt, und zwar zunächst auf den Inlandsmarkt. Damit ist die Ölgewinnung aus Kohle aus dem Versuchsstadium in das der industriellen Praxis getreten, welche allein die Frage nach der vielumstrittenen Wirtschaftlichkeit und Unterbringungsmöglichkeit für künstliche Kohlenwasserstoffe zu entscheiden vermag.

Über die Bedeutung der Kohlenverflüssigung ist, nachdem auch in der Arbeiterpresse eine ganze Reihe aufklärender Abhandlungen erschienen ist, wesentlich Neues kaum noch zu sagen. Die auf dem Gebiete der Leunawerke errichtete Verflüssigungsanlage, deren ohnehin beträchtlicher Umfang übrigens noch erweitert werden soll, arbeitet nach einem besonderen Verfahren, das nur teilweise auf dem vielgenannten Bergiusschen beruht und die Vereinigung von Kohlenoxyd und Wasserstoff zu Kohlenwasserstoffen, also künstlichen Mineralölen, mit Hilfe geeigneter Verbindungsstoffe (Katalysatoren) unter hohem Druck und hohen Hitzegraden erzielt. Als Ausgangsstoff zu diesem Prozeß wird Wassergas benutzt, das neuerdings aus Braunkohle bzw. Braunkohlenschwelteer gewonnen wird. Die hierfür erforderliche Braunkohlenbasis hat sich die J.-G. unter anderem durch ihre Verbindung mit der A. Riebeckschen Montanwerke-A.-G. geschaffen, wie auch das nahe Gelseltal bei Merseburg als Rohstoffquelle in Betracht kommt. Für die Beherrschung der Hochdrucktechnik und Anwendung der Katalysatoren kamen der J.-G. die Erfahrungen zugute, die sie seit langem bei der synthetischen Stickstoffherstellung sammeln konnte, wie andererseits die einheitliche Zusammenfassung der Versuchsarbeiten die Ausbildung der günstigsten Verfahren — gegenüber gleichlaufender Bestrebungen anderer Gruppen — zweifellos beschleunigt hat.

Nachdem die technische Möglichkeit der Durchführung der Kohlenverflüssigung auf diese Weise klargestellt ist, handelt es sich darum, den Vorgang auch wirtschaftlich möglich und beständig zu machen. Das Leuna-Benzin gelangt jetzt zu einem Zeitpunkte auf den Markt, in dem die Preise des Wettbewerbsproduktes, namentlich des Naturbenzins und zum Teil auch des Steinkohlenbenzols, sinkende Tendenz zeigen. Bekanntlich stammt der größte Teil des auf dem Weltmarkt befindlichen Benzins aus den Vereinigten Staaten. Deutschland hat 1925 ungefähr 1 150 000 Tonnen Mineralöl aus dem Auslande — darunter fast 700 000 Tonnen aus den USA. — für etwas mehr als 200 Millionen Mark bezogen. Seitdem ist der deutsche Bedarf weiter gestiegen, betrug doch 1926 die Einfuhr allein an Benzinen verschiedener Art zusammen 559 000 Tonnen im Werte von 120 Millionen Mark. Nun steht der amerikanische Benzinmarkt schon seit längerer Zeit unter einer recht nachdrücklich fühlbaren Depression, die in ziemlich drastischen Preisreduktionen — von 1926 bis heute um 40 Prozent — zum Ausdruck gelangt. Die damit verknüpfte Überproduktion hat außerdem auch die Geschäftsergebnisse der großen amerikanischen Petroleumgesellschaften empfindlich herabgedrückt — im zweiten Quartal 1927 gegen den gleichen Zeitraum des Vorjahres um 64 Prozent —, so daß die von verschiedenen Seiten gehegten Befürchtungen eines scharfen Konkurrenzkampfes in Mineralölprodukten, wobei auch der russische Wettbewerb auf dem europäischen Markte eine Rolle spielt, immerhin wahrscheinlich sind. In diesem Kampfe wird das Leuna-Benzin sich preislich behaupten müssen, vielleicht sogar zur Gewinnung entsprechender Absatzgebiete weitergehende Preiszugeständnisse zu machen haben.

Nach den von den Herstellern des Kunstbenzins angestellten, allerdings wohl vorwiegend theoretischen Kalkulationen sollen die Gestehungskosten des neuen Betriebsstoffes Preise ermöglichen, die eine Konkurrenz mit den Naturölen im In- und Auslande durchaus zulassen. Ob dabei auch das Risiko einer so ausgeprägten Benzin-Baisse, wie sie gegenwärtig sich herausgebildet hat, ausreichend berücksichtigt ist, wird sich abschließend erst bei einiger Marktbewährung des neuen Produktes beurteilen lassen. Bei den Gestehungskosten für synthetische Öle spielen die Kosten des Rohstoffes, der Kohle — in diesem Falle der Braunkohle —, nur eine verhältnismäßig untergeordnete Rolle. Von viel größerem Gewicht sind Abschreibung, Verzinsung und Instandhaltung der zur Kohlehydrierung erforderlichen, ziemlich komplizierten und kostspieligen Apparatur. Eine absolute Garantie für die dauernde Rentabilität der Verölungsanlage in Leuna besteht jedenfalls vorerst noch nicht.

Darauf deutet auch in gewisser Beziehung die vorsichtig tastende Art der handelsmäßigen Einführung des Kunstbenzins hin. Die J.-G. versucht nämlich zunächst mal durch möglichst unauffälliges In-Verkehrbringen — eine besondere Unterscheidung von normalem Benzin ist nicht beabsichtigt — die Aufnahmefähigkeit des Marktes für ihr Erzeugnis zu ermitteln und festzustellen, ob und inwieweit die Situation für eine erweiterte Produktion gegeben ist. Wie verlautet, soll das J.-G.-Benzin durch die Deutsche Gasolin-A.-G., die zur Hälfte von der J.-G. und zu je einem Viertel von den Amerikanern (Standard Oil) und Holländern (Shell-Gruppe) kontrolliert wird, vertrieben werden. Auch sollen in bezug auf den Absatz bereits gewisse Maßnahmen mit den größeren ausländischen Ölkonzernen getroffen sein. Ein dementsprechender Interessenausgleich zwischen Deutschland und Amerika ist vermutlich schon durch die kürzlich in Deutschland abgehaltenen Verhandlungen der J.-G. mit der Standard Oil-Co. of New-Jersey, die zu Vereinbarungen über die Patente und Erfahrungen im Rohölgebiet führten und auch den Vertrieb der synthetischen Öle berührten, angebahnt worden. Eine gleiche Fühlungnahme mit der holländischen Gruppe ist nicht bekanntgeworden, doch deutet die Wahl der Deutschen Gasolin-A.-G. — an der ja die Holländer zu 25 Prozent beteiligt sind — als Verkaufsorganisation für das Leuna-Benzin darauf hin, daß entgegen anderslautender Versionen, einem Zusammengehen auch mit diesen Interessenten kaum noch etwas im Wege steht, es sei denn, daß die Shell-Gruppe sich überhaupt vom deutschen Geschäft zurückzieht.

Bedeutsamer für die deutsche Volkswirtschaft ist jedoch die Stellungnahme der J.-G. zu den bergbaulichen Kohleveredelungsinteressenten. Es heißt, daß auch der Benzolverkaufsvereinigung des deutschen Bergbaues der Vertrieb des J.-G.-Produktes mit zu übertragen beabsichtigt sei. Die Ruhrkohlenindustrie als wesentlichste Produzentin des Benzols, die sich ebenfalls mit anderen, weitgehenden Kohleveredelungsprojekten trägt, ist durch den neuerlichen Vorsprung des Farbentrustes, freilich auch nicht ohne eigene Schuld, etwas ins Hintertreffen geraten. So hat sich denn ein offener Gegensatz zweier Großindustrien, der Chemie und des Bergbaues, herausgebildet, dessen Konsequenzen sich zwar noch nicht im einzelnen übersehen lassen, der aber jedenfalls vom Standpunkt der Gesamtwirtschaft aus höchst nachteilig und bedauerlich ist. Eine Überbrückung dieses Gegensatzes durch die Einbeziehung der Benzol-Vertrieb G. m. b. H. in die Absatzorganisation des Leuna-Benzins ist daher wenig wahrscheinlich.

Wie groß die jetzt zum Verkauf gestellten Mengen des Kunstbenzins sind, ist nicht bekannt. Die Wirtschaftlichkeit dieses Brennstoffes ist nicht nur eine Preis-, sondern in wesentlichem Maße auch eine Mengenfrage, d. h. ist abhängig von der Fähigkeit der Fabrikation, dem Verbrauch größere Mengen zur Verfügung zu stellen. Seitens der J.-G. werden die in der Öffentlichkeit genannten Mengen: 120 000 Tonnen für dieses Jahr und 300 000 Tonnen für 1928 in Abrede gestellt. Richtig dürfte sein, daß diese Zahlen die gesamte künstliche Ölproduktion, also außer dem Leuna-Benzin noch die andere Kohlenwasserstoffherstellung, umfassen. Danach würde Leuna imstande sein, zunächst etwa den zehnten Teil des deutschen Bedarfs zu decken. Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß dieser Marktanteil schon einen merkbaren Einfluß auf die Benzinpreisgestaltung haben kann, wenn nicht, was immerhin näher liegt, durch internationale Preisabreden der technisch-wirtschaftliche Fortschritt, der damit begründet ist, für die Stärkung der Monopolmacht der Großchemie aufgezehrt wird. Hier gewinnt diese Angelegenheit eine eminent wirtschaftspolitische Bedeutung, die vor allem auf den Interessen der Arbeiterschaft beruht.

Die Reichsbahngesellschaft hat den Start des neuen Produktes durch Detarifierung der synthetischen Öle erleichtert. Der dahinzielende Antrag der J.-G., die neuen Produkte nach der Tarifklasse D (statt bisher C) zu tarifieren, ist genehmigt worden, um so einen Ausgleich der Frachtkosten für das Leuna-Benzin an den Durchschnitt der Frachtspesen der Importeure herbeizuführen. Als Verladeplätze sind die Stationen Corbetha in Kötschen sowie Ludwigshafen, die letztere, weil für das mengenmäßig nicht sehr erhebliche Erzeugnis der dortigen Versuchsanlagen ebenfalls eine Verladestelle gewünscht wurde, angegeben. Der Unterschied zwischen beiden Tarifklassen beträgt etwa 16 Prozent, was eine ansehnliche Vergünstigung gegenüber dem bisherigen Zustand darstellt.

Die industrielle Entwicklung drängt nach einem Mehrverbrauch an Ölen, so daß die Frage der Ölversorgung, besonders für das ölarme Europa, immer dringender wird. Europa, vor allem aber Deutschland, ist auf die künstliche Herstellung von Ölen angewiesen, wozu ihm in seinen reichen Kohlenvorkommen eine ausreichende Rohstoffbasis gegeben ist. Schon jetzt hat die Kohle ihren reinen Brennstoffcharakter eingebüßt und ist teilweise chemischer Rohstoff geworden und wird es immer mehr werden. Für die Arbeiterbewegung leitet sich daraus die Aufgabe ab, nicht nachzulassen in dem Streben, daß auch die arbeitenden Menschen der Segnungen dieses Fortschrittes in höherem Maße teilhaftig werden.

Folgenschwere Explosion in den Bayerischen Stickstoffwerken in Trostberg.

Am 19. September, abends 8 Uhr, explodierte ein Elevator der Stickstoffbrecherei mit heftigem Knall. Eine riesige Staubwolke, aus der Schreien und Hilferufe drangen, bedeckte die Unglücksstelle. Wie uns berichtet wird, war es eine Staubexplosion, deren Ursache noch nicht aufgeklärt ist. Leider hat die Explosion auch Menschenopfer gefordert: 3 Arbeiter wurden schwer, 2 Arbeiter leicht verletzt. Einer der schwerverletzten Arbeiter starb wenige Stunden nach der Explosion.

Unfall in der Seifenfabrik Steinau a. d. Oder.

Vor einigen Tagen wurde der Fleischergeselle Th. in der Seifenfabrik St. als Arbeiter eingestellt. Unverständlicherweise kam er sofort an die Presse. Als er dann die Presse reinigen wollte, setzte sich der Stempel der Presse in Gang und zerquetschte ihm die rechte Hand vollkommen. Im Krankenhaus mußte der Rest der Hand abgenommen werden. Die Arbeiterschaft hat sich schon darüber beschwert, daß ein dauernder Arbeitermechsel an der Presse vorgenommen wird. Der bedauerliche Vorfall zeigt aber auch wieder, wie unsinnig bei den Verhandlungen die immer wiederkehrende Behauptung der Unternehmer ist, daß es sich in der Seifenindustrie nur um ungelernte Leute handle, die alle Tage neu ersetzt werden könnten.

Gasvergiftung im Offenbacher Betrieb der J.-G. Farbenindustrie A.-G.

Im Betriebe der J.-G. Farbenindustrie, Abt. Offenbach, ereignete sich am 5. Oktober ein schwerer Unfall. Ein Arbeiter, der mit der Öffnung einer Gasbombe, die tödlich wirkendes Phosgen enthielt, beschäftigt war, bemerkte, daß die Bombe undicht war und Gas ausströmte. Den im gleichen Raum beschäftigten Arbeitern rief er laut „Phosgen" zu. Die Arbeiter ergriffen die Flucht, während andere mit Gasmasken geschützte Arbeiter die Bombe darauf in den Hof brachten.

Eine im ersten Stock arbeitende Chemikerin Fräulein Doktor Hildegard Gebhardt und ein Chemiker Dr. Fritz Weber öffneten ein Fenster, um frische Luft einzulassen. Am Abend stellten sich darauf bei ihnen Beschwerden ein. Beide mußten ins Krankenhaus gebracht werden, wo inzwischen die Chemikerin an Phosgenvergiftung gestorben ist, während der Chemiker in bedenklichem Zustande daniederliegt.

Papier-Industrie

Amerikanisierte Ausbeutungsmethoden.

Im „Wochenblatt für Papierfabrikation" (Nr. 37/1927) veröffentlicht der Direktor der Gräflich von Arnimschen Papierfabriken in Muskau, G. Lest, einen Artikel über „Werksgemeinschaft mit prozentualem Lohnsystem". Der Artikel trieft von Gewerkschaftsfeindlichkeit, stellenweise erfährt aber auch die Denkfaulheit der deutschen Unternehmer in ihrer Sucht, die Löhne auf die möglichst niedrigste Stufe herabzudrücken, eine äußerst scharfe Kritik:

„Ganz besonders ist es eine Tatsache, welche noch den schärfsten Widerspruch vieler alter und auch einiger jüngerer Industrieführer hervorruft. Man glaubt vielfach noch, daß zur billigsten Herstellung eines Produktes die billigsten Arbeitslöhne gehören, ein Irrtum, wie es das Beispiel der Vereinigten Staaten schlagend beweist.

..... Trotz der ungleich höheren Arbeitslöhne in den Vereinigten Staaten ist es den Amerikanern doch gelungen, die Lohnquote für das einzelne Stück einer Fertigware so herabzudrücken, daß dieser Anteil den deutschen Anteil — wobei zu berücksichtigen ist, daß der deutsche Stundenlohn erheblich geringer ist — in den meisten Fällen noch weit unterschreitet."

Soweit so gut. Der Artikelschreiber will die Denkfaulheit der deutschen Unternehmer in der Lohnfrage heilen. Deshalb fordert er von ihnen, daß sie ihre Betriebe nach den folgenden Grundsätzen leiten sollen: genau durchgeführte Arbeitsteilung, äußerste Mechanisierung des Betriebes, gesteigerte Leistungsfähigkeit des einzelnen Mannes, durch weitestgehende Akkordarbeit und schließlich Interessenbeteiligung der gesamten Belegschaft an der Leistungsfähigkeit des Werkes. Das ist das Rezept des Direktors der Gräflich von Arnimschen Papierfabriken in Muskau für die „Werksgemeinschaft mit prozentualem Lohnanteil".

Diese „Amerikanisierung" der Betriebe soll erreicht werden durch verschärfte Ausbeutung der Arbeitnehmer. Deshalb hat Direktor Lest die Arbeiterschaft der Muskauer Papierfabrik in zwei Gruppen geteilt, und zwar:

a) in die Produktions-Belegschaft, und
b) in die reinen Akkordarbeiter.

Die Entlohnung der Akkordarbeiter geschieht folgendermaßen:

1. Kohlenentlader nach der Tonne des bewegten Produkts,
2. Auf- und Ablader nach der Tonne des bewegten Produkts,
3. Kaschierer pro 1000 Quadratmeter beklebter Pappe,
4. Packerinnen pro Tonne fertigen Produkts,
5. Holzkocher pro Raummeter fertig gekochten und aufgespaltenen Holzes,
6. Holzschleifer und -sortierer pro Raummeter verschliffenen Holzes, und
7. Holzschäler pro Raummeter geschälten Holzes.

Standgelder für Eisenbahnwagen usw. haben die Akkordarbeiter aus ihrem Akkordverdienst zu tragen. Eine derartige Belastung der Akkordarbeiter durch die Unkosten der Firma ist zwar ungesetzlich, da nicht die Arbeiterschaft, sondern die Firma für die Standgelder der Eisenbahnverwaltung haftet; sie gehört aber nun einmal zu dem Ausbeutungssystem dieser Firma. Die Gesamtlohnsumme der Akkordarbeiter wird von der übrigen Lohnquote für die gesamte Belegschaft in Abzug gebracht. Der nach Abzug der Akkordlohnsumme verbleibende Restbetrag von der Gesamtlohnsumme wird dann auf die Produktionsbelegschaft verteilt. Die Verteilung erfolgt nach einem aufgestellten Punktzahlsystem vom Verkaufspreis für 100 Kilo Produktion. Die Lohnquote, die übrig bleibt nach Abzug der Akkordverdienste, wird dann durch die Gesamtpunktzahl dividiert, und der auf jeden Arbeiter pro Monat entfallende Gesamtlohn dadurch errechnet, daß die einzelne geleistete Arbeitsstunde aus der Punktzahlquote errechnet wird.

Direktor Lest führt zu dieser Berechnung drei Produktionsbeispiele an, wobei er einen Verkaufspreis von 24 Mk. pro 100 Kilo Produktion netto zugrunde legt. Daraus ergibt sich folgendes Rechenexempel:

1. 900 Tonnen Minderproduktion im Monat à 240 RM. = 216 000 RM.
2. 1200 Tonnen Normalproduktion im Monat à 240 RM. = 288 000 RM.
3. 1500 Tonnen Höchstproduktion im Monat à 240 RM. = 360 000 RM.

im Monat.

Von diesen Gesamtverkaufspreisen erhält die Gesamtbelegschaft einen Lohnanteil von 12,5 Prozent errechnet. Auf das obige Beispiel angerechnet erhält die Gesamtbelegschaft demnach folgenden Gesamtlohnanteil vom Verkaufspreise:

1. 900 Tonnen Minderproduktion, 12,5 Proz. von 216 000 RM. = 27 000 RM.
2. 1200 Tonnen Normalproduktion, 12,5 Proz. von 288 000 RM. = 36 000 RM.
3. 1500 Tonnen Höchstproduktion, 12,5 Proz. von 360 000 RM. = 45 000 RM.

Von dieser Gesamtlohnsumme wird zunächst der Gesamtlohnanteil der Akkordarbeiter in Abzug gebracht und der Restlohnanteil auf die übrige Arbeiterschaft nach dem erwähnten Punktzahlsystem verteilt.

Mit Hilfe dieses Entlohnungssystems und unter Berücksichtigung von durchgeführten Verbesserungen und weitestgehender Mechanisierung des Betriebes war es möglich, die Lohnquote von 16 bis 18 Prozent auf 12,5 Prozent herunterzudrücken; die Jahresleistung pro Kopf der Belegschaft von 20 auf 60 Tonnen zu steigern und die Zahl der Arbeitskräfte um 20 bis 25 Prozent zu vermindern. (Welchem Ausbeuter lacht da nicht das Herz? D. Sch.)

Der Zweck dieses Ausbeutungssystems ist für Direktor Lest nicht nur, die Produktion und den Profit zu erhöhen und den Lohnanteil zu vermindern, sondern vor allen Dingen die Gesamtbelegschaft, angefangen vom Hofarbeiter hinauf bis zum Ingenieur, unter seine Botmäßigkeit zu bringen. Direktor Lest hebt diese Tatsache durch folgende Sätze hervor:

„Der Grundgedanke dieses Lohnsystems ist, jedem im Werk Beschäftigten — vom Prokuristen und Ingenieur bis herab zum Hofarbeiter — an seiner Arbeit insoweit zu interessieren, daß er selbst darauf sieht, daß jeder seine Pflicht tut, und darüber hinaus vielleicht noch etwas mehr, indem er ungeeignete Leute im eigenen Interesse dem Vorgesetzten meldet.“

Diese Worte sind deutlich. Sie kennzeichnen diese „Werksgemeinschaft“. Höchste Ausbeutung vom Hofarbeiter bis zum Prokuristen. Keine Kollegialität, keine Solidarität. Rücksichtslose Entlassung aller alten und ausgebeuteten Arbeitnehmer, deren Leistungsfähigkeit infolge der ungeheuren Ausbeutung nachläßt.

Dieses Ausbeutungssystem gilt für die Direktion nicht. Diese Tatsache hebt Direktor Lest in seinem Artikel gleichfalls durch folgenden Satz hervor:

„Der Leiter des Unternehmens, also der Verfasser dieses Artikels, ist in dieses System nicht mit einbegriffen, sondern dieser ist insofern stark am Reingewinn beteiligt, als er nur ein der Form nach festes Gehalt bezieht, während seine Einkünfte aber in der Hauptsache in der Beteiligung am Reingewinn des Etablissements bestehen.“

Direktor Lest mutet also seinen sämtlichen Angestellten zu, daß sie sich ohne Garantielohn nach seinem raffiniert ausgedachten Ausbeutungssystem rücksichtslos behandeln lassen. Er selber aber läßt sich nicht nur ein festes Gehalt garantieren, sondern ist auch Nutznießer des durch seine Ausbeutungswut verdienten Reingewinnes. (Hört! Hört! So etwas nennt sich „Werksgemeinschaft“! D. Sch.)

Die Angst vor den Gewerkschaften ist die wirkliche Triebfeder, die Direktor Lest veranlaßt hat, sein Ausbeutungssystem nach monatelangem Abwehrkampfe und unter schärfstem Tarifbruch der Arbeiterschaft der Muskauer Papierfabrik aufzuzwingen. Diese Tatsache geht mit aller Deutlichkeit aus folgenden Sätzen hervor:

„Was aber wohl einen sehr großen Vorteil dieses Systems darstellt, ist die Tatsache, daß in den mir unterstellten Betrieben seit Einführung dieses Systems mit der Arbeitnehmervertretung keine Differenzen mehr vorkamen. Ich brauche keine Lohnverhandlungen mehr zu pflegen und unterliege weder von seiten der Arbeitnehmer-, noch der Arbeitgeberverbände irgendwelcher Beeinflussung.

Einen außerordentlichen Fortschritt bedeutet es auch, daß die Belegschaft unter sich jeden Bummler und Schmarotzer automatisch ausschaltet.“

Direktor Lest hat also anscheinend erreicht, daß in einem Teil der Belegschaft des Betriebes die schmutzigsten Instinkte der Menschheit, die brutale Erwerbsgier, erweckt worden sind, und daß dort ein ausgesprochenes Denunziantentum herrscht. Wehe dem einzelnen Arbeiter, wenn seine Arbeitskraft nachläßt und abnimmt. Dann wird sich die nachgiebige Haltung der Arbeiterschaft rächen.

Der Triumphgesang, den Direktor Lest in seinem Artikel zu seinem Sieg über die Arbeiterschaft anstimmt, dürfte verfrüht sein. Es kommt auch in diesem Betrieb für die Arbeiterschaft wieder die Erkenntnis, daß ohne eine festgefügte Gewerkschaftsorganisation die Hochhaltung eines ausreichenden Arbeitsverdienstes unmöglich ist. Diese Erkenntnis wird und muß der Muskauer Arbeiterschaft kommen, dafür werden wir als Gewerkschaftsorganisation Sorge tragen. Ob dann Direktor Lest seine bisherige Ausbeutungspraxis oder noch aufrecht erhält oder zu seinen brutalen Mitteln der Vorkriegszeit, zu Hundepeitsche und Schußwaffen zurückgreift, das wird die Zukunft lehren.

G. Stühler.

Die Ausstellung „Papier“ auf der Jahresschau deutscher Arbeit 1927 in Dresden.

Die diesjährige Jahresschau deutscher Arbeit auf dem städtischen Ausstellungsgelände in Dresden ist dem Papier gewidmet. Mit Zustimmung des Hauptvorstandes beschäftigten am 8. und 9. September die Gauleiter unseres Verbandes, welche die Tarifverhandlungen in der Papiererzeugungs-Industrie zu führen haben, in Gemeinschaft mit der Zentralbrancheneitung diese Ausstellung.

Die Papierausstellung bietet dem Beschauer ein anschauliches Stück Entwicklungsgeschichte der Papiererzeugungs-Industrie. Tierfelle, Steintafeln, Tontafeln, Holztafeln, Metalle usw., das Schreibmaterial des grauen Altertums in seiner großen Verschiedenartigkeit, wird dort gezeigt. Der wichtigste und dem heutigen Papier am meisten verwandte Vorläufer ist aber die Papyrusrolle, die aus der Papyrusstaude gewonnen wurde. Franz Wönig erwähnt in seiner „Kulturgeschichte des alten Ägyptens“, daß die Malereien, die das Grab des Königs Pitch-hotep (5. Dynastie 3500 bis 3300 vor Chr.) schmücken, eine prächtige Darstellung der Papyrusernte geben. Diese zeitliche Angabe über die Benutzung des Papyrus als Schreibmaterial stimmt mit den Forschungsergebnissen von Kirchner überein, wonach sich in der Nationalbibliothek in Paris eine Papyrusrolle befindet, deren Alter 5400 Jahre beträgt.

Die Erfindung des Hadernpapieres wird den Chinesen zugeschrieben. Der Zeitpunkt der Erfindung ist geschichtlich nicht bekannt. Fest steht nur, daß 123 vor Chr. der chinesische Minister Tsai-lün eine Verbesserung der Papierherstellung erfand, indem er zur Papierherstellung Nessel-, Maulbeerbaumbast und Gewebeabfälle verwendete. In der Halle 20 der Dresdener Papiersachausstellung zeigt ein Sohn des fernen Ostens den Ausstellungsbesuchern die Kunst der chinesischen Handpapiermacherei.

In der gleichen Halle hat die Firma Janders in Berg-Gladbach eine alte Papiermühle mit Stampfhämmern, Holländern und Stoffbütten aufgestellt, wo durch ihre Handpapiermacher den Besuchern das Schöpfen der Papierbogen sowie das „Gautschen“ derselben gezeigt wird. Die Reichsdruckerei zeigt in Halle 21 gleichfalls eine Bütteanlage, in der die Entstehung künstlicher Wasserzeichen vorgeführt wird. Die Firma Füllner (Warmbrunn) hat in Halle 16 einen Kleinholzschleifer aufgestellt, in dem das Holz geschliffen, der Holzschliff über moderne Sortierapparate in eine der neuesten Entwässerungsmaschinen geleitet wird. Anschließend daran befindet sich eine Holländeranlage, die ihren Stoff auf eine 165 Zentimeter breite und mit einer Geschwindigkeit von 130 Meter in der Minute laufende Papiermaschine abgibt, auf der einseitig glattes Druckpapier erzeugt wird. Das auf Tambor gearbeitete Druckpapier wird zugleich zu Rotationsrollen geschnitten und zum Teil auf einer in einem Nebenraum befindlichen von einer anderen Firma aufgestellten modernen Rotationsmaschine zur Ausstellungszeitung weiter verarbeitet. Weiterhin zeigt die Firma Füllner den Besuchern einen Rollenkalander sowie einen Längs- und Querschneider. Die Entwicklung von der Handpapierfabrikation bis zur Maschinenfabrikation geht sehr treffend aus der Ausstellungsschrift des Vereins Deutscher Papierfabrikanten hervor. Danach stellte während der Zeit der Handpapiermacherei eine Mühle mit 20 Arbeitern täglich 80 bis 120 Kilogramm handgeschöpfte Papiere her. Demgegenüber beträgt die Produktion einer großen modernen Papierfabrik pro Arbeitstag 300 Tonnen = 300 000 Kilogramm. Eine ähnliche Entwicklung hat sich auch in der Maschinenpapierproduktion vollzogen seit der Erfindung der Papiermaschine im Jahre 1799 durch den französischen Papiermacher Robert in Essonne bis zur Gegenwart. 1830 arbeiteten die damals brauchbaren Papiermaschinen mit einer Arbeitsbreite von 1,2 Meter und einer Minutengeschwindigkeit von 10 Meter, wobei in 10 Arbeitsstunden zirka 500 Kilogramm Papier erzeugt wurden. 1877 hatten die damals üblichen Zeitungsdruckpapiermaschinen bereits eine Arbeitsbreite von 1,90 Meter und eine Laufgeschwindigkeit von 60 Meter in der Minute erreicht. Die heute hergestellten modernen Druckpapiermaschinen arbeiten mit einer Arbeitsbreite bis zu 7 Meter, einer Arbeitsgeschwindigkeit bis zu 300 Meter in der Minute und liefern eine Tagesproduktion bis zu 13 Eisenbahnwaggons Druckpapier.

Die Hallen 24 und 26 sind der Technologie und Statistik in der Papiererzeugungs-Industrie gewidmet. Hier hat sich der Verein Deutscher Papierfabrikanten besonders Mühe gegeben, nicht nur die für Laboratoriums- und Prüfungsversuche neuesten Apparate und Maschinen zur Aufstellung zu bringen, sondern er hat auch die wirtschaftliche Bedeutung der deutschen Papiererzeugungs-Industrie statistisch durch Wort und Bild vorzüglich hervorgehoben.

Aus der statistischen Abteilung des Vereins Deutscher Papierfabrikanten entnehmen wir folgende Angaben:

Der Weltverbrauch an Papierholz beträgt pro Jahr 75 Millionen Raummeter. Davon benötigte im Jahre 1926 die deutsche Papiererzeugungs-Industrie 8,4 Millionen Raummeter. Um den Papierholzbedarf in Deutschland für ein Jahr zu decken, wäre der gesamte Schlag eines 60 Jahre alten Fichtenwaldes von 1 Million Hektar erforderlich. Von dem jährlichen deutschen Papierholzbedarf entfallen 33⅓ Prozent auf die Holzstoff- und 66⅔ Prozent auf die Zellstoffindustrie. Von den in Deutschland jährlich verarbeiteten Papierholz entfallen 93 Prozent auf Fichten-, 6 Prozent auf Kiefern- und 1 Prozent auf Espenholz. Der Waldbesitz hat außerordentlich große wirtschaftliche Vorteile aus dem starken Papierholzbedarf gezogen. Früher wurde der größte Teil des heutigen Papierholzes als Brennholz verwendet. Während aber das Brennholz ab Wald nur 8 Mark pro Raummeter kostet, beträgt der Papierholzpreis pro Raummeter 15 Mark, also fast das Doppelte. Der jährliche Verbrauch an Papierlumpen beträgt 600 Millionen Kilogramm. An Brennmaterial benötigt die deutsche Papiererzeugungs-Industrie jährlich 2 Millionen Tonnen Steinkohle und 3 Millionen Tonnen Braunkohle und Briketts. An Filzstoffen und Chemikalien gebraucht die deutsche Papiererzeugungs-Industrie jährlich 350 000 Tonnen. Der Bedarf an Filztüchern beträgt jährlich zirka 1000 Tonnen und der Bedarf an Metalltüchern 335 000 Quadratmeter. Die Weltproduktion an Papier beträgt 14 580 Millionen Kilogramm, die europäische Produktion 5 994 Millionen Kilogramm und die deutsche Produktion 1782 Millionen Kilogramm. An Pappen wurden in Deutschland 370 Millionen Kilogramm erzeugt.

Sehr interessant ist die vergleichende Aufstellung über den Papierverbrauch pro Kopf in den verschiedenen Staaten.

Es wurden verbraucht pro Kopf der Bevölkerung in:

Amerika	62 kg
England	37 kg
Deutschland	21 kg
Frankreich	20 kg
Schweden	20 kg
Schweiz	19 kg
Belgien	19 kg
Norwegen	14,5 kg
Österreich	14 kg
Finnland	11 kg
Japan	10,5 kg
Tschechoslowakei	10 kg
Italien	8 kg
Spanien	6 kg
Rußland	3 kg

An dem Gesamtausfuhrhandel Deutschlands war die deutsche Papierindustrie im Jahre 1926 mit 3,5 Prozent Wertanteil der gesamten Ausfuhr beteiligt. Die Beschäftigungszahl der Arbeitnehmer in der Papiererzeugungs-Industrie Deutschlands betrug 1926 195 000 Personen. Weitere Statistiken zeigen die Steuerlasten und die Dawesbelastung der deutschen Papiererzeugungs-Industrie.

An Einzelfirmen der Papiererzeugungs-Industrie sind noch besonders zu erwähnen die Hahnemühle bei Kassel, die Büttenpapiere ausstellt, sowie die Firma Hugo Hoesch in Königstein an der Elbe, die gute Feinpapiere, und die Firma Schöller & Hoesch in Gernsbach, die besonders Zigarettenpapiere ausstellt. Die Kartonpapierfabriken Groß-Särchen stellen Bandoppelwellpappe aus. Ein Restaurations- und Vergnügungslokal auf dem Ausstellungsgelände ist vollkommen aus dieser Wellpappe angefertigt.

In der Halle 3 hat die Firma Fischer (Nordhausen) eine 16farbige Tapetendruckmaschine aufgestellt, die ständig in Gang gehalten wird. Die fertig gedruckten Tapeten werden im gleichen Raume durch eine Arbeiterin auf Rollen von 7½ Meter Länge gewickelt, um dann versandt zu werden. In einem anderen Raume stellen die Mitglieder des Vereins Deutscher Tapetenfabrikanten ihre besten Tapetenmuster aus. Das Kasseler Tapetenmuseum hat gute Handdruckmuster, die zum Teil schon über 100 Jahre alt sind, in einem besonderen Raume ausgestellt.

Weiterhin ist erwähnenswert die in den Hallen 32 und 33 untergebrachte Verpackungs-Industrie. Dort stellt die A.-G. für Kartonnagen-Industrie auf einer Wellpappenmaschine die Wellpappe her, die dann anschließend von Arbeiterinnen bis zum fertigen Karton weiterverarbeitet wird.

In den übrigen Hallen befindet sich die Maschinen-Industrie des graphischen Gewerbes und der übrigen Papierverarbeitungs-Industrie sowie des Zeitungsgewerbes und einiger anderer mit der Papierverarbeitung in Verbindung stehender Industriezweige, u. a. auch der Zentralverband Deutscher Kartonnagenfabrikanten.

Besonders erwähnenswert ist auch die Halle des Künstlerbundes, in der sich ausgezeichnete Kreidezeichnungen und Radierungen befinden, worunter auch die in Arbeiterkreisen sehr bekannten Künstler Professor Zille und Käthe Kollwitz mit ausgezeichneten Arbeiten vertreten sind.

Im Haus der Presse wird auf Lichtbildern dargestellt, daß der deutsche Zeitungsdruck-Papierverbrauch in 14 Tagen 384 000 Kilometer beträgt. Zum Druck dieser Zeitungen werden nicht weniger, als 68 000 Faß Druckerschwärze verwendet. Auf weiteren Lichtbildern ist die Tätigkeit der Presse dargestellt. Der Verein Deutscher Zeitungsverleger konnte es sich auch auf dieser Ausstellung nicht verkneifen, „nationale“ Propaganda zu betreiben. Auf einem Lichtbild, das die Innenpolitik der Presse darstellen soll, ist die Stahlhelmparade in Berlin wiedergegeben. Da diese Ausstellung nicht nur Deutsche der verschiedensten politischen Richtungen, sondern auch Ausländer aus den verschiedensten Staaten besuchen, sind wir der Auffassung, daß hier Hakenkreuzpropaganda vollkommen unangebracht ist; sie kennzeichnet nur den geistigen Tiefstand einer gewissen sich national nennenden bürgerlichen Schmokpresse.

Zum Schluß soll dann noch darauf hingewiesen werden, daß in einem ständigen Kino täglich sehr gute Industriefilme gezeigt werden; darunter auch Filme, welche die Zellstoff- und Papierfabrikation sowie auch die Kunstseidenfabrikation darstellen. Diese Filme ermöglichen auch dem Laien einen gewissen Einblick in die Technik der deutschen Papiererzeugung.

G. Stühler.

Gesunkene Kaufkraft.

Auf der Frankfurter Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie haben die ungekrönten Industriemonarchen recht viel über „Qualitätsarbeit“ geredet. Dazu bemerkt in bezug auf die Papiererzeugungsindustrie in der „Papierzeitung“ Nr. 76/1927, ein Mitarbeiter u. a. folgendes:

„Auch die Papierfabriken streben danach, bessere Papiere herzustellen, soweit die vorhandenen maschinellen Einrichtungen und die Nachfrage für bessere Sorten es gestatten. Hieran fehlt es aber vielfach, denn die gesunkene Kaufkraft zwingt weite Kreise, billigere Stoffe zu bevorzugen, während beispielsweise hochfeine Briefpapiere, die in glücklicheren Zeiten Deutschlands viel gekauft wurden, die heute ziemlich vernachlässigt sind.“

In den übrigen Industrie- und Wirtschaftskreisen klagen die Unternehmer, ohne Zweifel sämtliche, über die gesunkene Kaufkraft des deutschen Volkes. Die Wirkung der gesunkenen Kaufkraft sehen diese Wirtschaftler im eigenen Betriebe. Die Ursachen aber versuchen sie zu beseitigen dadurch, daß sie der Arbeiterschaft empfehlen, zu niedrigen Löhnen bei recht langer Arbeitszeit zu schuften. Dieser wirtschaftliche Irrsinn wird dann durch unsere Industriekapitäne als Weisheit deutscher Wirtschaftswissenschaft verherrlicht und von einem Teil der Vertreter dieser Wissenschaft ebenso tiefgründig wie nichtüberzeugend „wissenschaftlich“ nachgewiesen.

G. Stühler.

Die gefälschten Lohnlisten. — Das gelöste Rätsel der hohen Löhne?

Bei den Lohnverhandlungen in der ostpreußischen Zellstoffindustrie wurden bei allen Verhandlungen vom Arbeitgeberverbande immer wieder verdiente Lohnsummen in der Form von Akkord- und Prämienverdiensten angegeben, die mit den von unserem Verbande unter der Arbeiterschaft gesammelten Lohnlisten in recht krassem Widerspruche standen und von unseren Verbandsvertretern bestritten wurden. Trotzdem sind diese Aufstellungen der Unternehmer, gemessen an den Entscheidungen des staatlichen Schlichtungsausschusses Königsberg, anscheinend auf diese Schlichtungsinstanz nicht ohne Einfluß geblieben.

Der Widerspruch zwischen den Lohnfeststellungen der Unternehmer und denen des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands scheint seine Aufklärung zu finden in folgendem Vorgang, über den die „Papierzeitung“ Nr. 76/1927, berichtet:

„Wegen Unterschlagung von Lohngeldern bei der Tilsiter Zellstoffabrik in Höhe von 15 000 Mk. wurde auf einen Haftbefehl des dortigen Amtsgerichts der Lohnbuchhalter L. M. aus Tilsit festgenommen. Ihm wird zur Last gelegt, seit dem Jahre 1925 durch Fälschungen von Lohnlisten der Tilsiter Zellstoffabrik sich obigen Betrag angeeignet zu haben. Er hatte Lohn- und Prämienlisten durch Einsetzen höherer Geldbeträge gefälscht und sich dann die Differenzen an der Kasse auszahlen lassen.“

Wir nehmen an, daß bei künftigen Lohnverhandlungen die durch Fälschung der Lohnlisten unterschlagenen Summen nicht mehr auf das wirkliche Lohnkonto der Arbeiterschaft gebucht, sondern bei den Verdienstberechnungen durch die Unternehmer in Abzug gebracht werden. Sollte dadurch auch der Schlichtungsausschuß sich überzeugen lassen — ohne den in Ostpreußen anscheinend überhaupt kein Tarifabschluß möglich ist —, daß die Gewerkschaftsvertreter mit ihren Behauptungen und mit dem durch Lohnlisten der Arbeiterschaft erhärteten Beweismaterial bisher im Rechte waren, darf dann wohl erwartet werden, daß in der Zukunft auskömmliche Löhne für die ostpreußischen Zellstoffarbeiter festgesetzt werden?

G. Stühler.

Frauenfragen.

Regelung der Frauen- und Kinderarbeit in Ecuador.

In Ecuador ist kürzlich ein neues Gesetz über den gewerblichen Gesundheitsschutz angenommen worden. Dieses Gesetz verbietet die Beschäftigung von jugendlichen Personen unter 18 Jahren und von Frauen in allen Fabriken und Werkstätten, in denen Bleiweiß und andere giftige Farbstoffe sowie Explosivstoffe usw. hergestellt oder verarbeitet werden. Ferner haben die Frauen Anspruch auf vier Wochen Ruhezeit vor der Entbindung und sechs Wochen nach der Entbindung. Sie erhalten während dieser Zeit 50 Prozent ihres Lohnes. Schwangerschaft ist kein Entlassungsgrund.